

Auf dem Rechtsweg zur Gleichberechtigung – vom Fall Kempin bis heute

Beatrice Weber-Dürler

Der Kampf um die Gleichberechtigung der Frau spielte sich nicht nur auf der politischen Ebene ab, sondern wurde auch vor den Gerichten geführt. Dabei übernahm Emilie Kempin-Spyri die Rolle einer Pionierin. Im Folgenden soll die Entwicklung der Gleichberechtigung der Frau seit dem Ende des 19. Jahrhunderts im Lichte wichtiger Gerichtsentscheide geschildert werden. Diese betreffen ein weites Spektrum von Fragen: von der Zulassung der Frau zum Anwaltsberuf über das Stimmrecht und die Chancengleichheit in der Ausbildung bis zu Quoten an der Universität.

I. Magere Bilanz des juristischen Kampfes um die Rechte der Frauen bis 1981

Der *Fall Kempin* begegnet den Studierenden der Rechtswissenschaft bereits im ersten Semester. Der Bundesgerichtsentscheid aus dem Jahr 1887, der auf Emilie Kempin zurückgeht¹, findet sich heute noch in allen Lehrbüchern zum Staatsrecht und bildet nach wie vor einen Leitentscheid zur Rechtsgleichheit. Worum ging es genau? Am 24. November 1886 erschien in einer Verhandlung vor dem Bezirksgericht Zürich über eine Forderungsstreitsache nicht wie erwartet der Kläger und Widerbeklagte Walther Kempin, sondern seine Ehefrau Emilie Kempin geb. Spyri. Die angehende Juristin stellte den Antrag, als Vertreterin ihres Ehemannes zum Vortrage zugelassen zu werden. Das Bezirksgericht lehnte dies ab, weil das Gesetz für die Vertretung Dritter in Zivilsachen das Aktivbürgerrecht² verlangte, und zwar als einzige Voraussetzung. Ein stimmberechtigter Mann konnte ohne Weiteres vor Gericht auftreten und sich sogar ohne entsprechende Ausbildung als Anwalt betätigen. Zu Recht war Emilie Kempin der Meinung, sie werde eigentlich wegen ihres weiblichen Geschlechts nicht zugelassen. Mit staatsrechtlicher Beschwerde ans Bundesgericht machte sie geltend, Art. 4 der Bundesverfassung (der Satz „Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich“) dulde keinen Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Staatsbürgern. Um diese These

zu untermauern, wagte sie sogar die Behauptung, auch Frauen dürften nach der Verfassung der Militärflicht unterworfen werden, zumindest einem Sanitätsdienst oder der Militärflichtersatzsteuer. Ihre Argumentation erscheint auch heute reichlich keck für eine Jus-Studentin im 4. Semester... Das Bundesgericht wies die Beschwerde ab. Die Auffassung, die Verfassung fordere volle rechtliche Gleichstellung der Geschlechter, sei – so eine oft zitierte Sentenz – „eben so neu als kühn“, könne aber nicht gebilligt werden. Eine verschiedene rechtliche Behandlung der Geschlechter, speziell in Bezug auf das Recht zur Betätigung im öffentlichen Leben, entbehre jedenfalls nach der zurzeit noch zweifellos herrschenden Rechtsanschauung keineswegs der inneren Begründung.

1923, also 36 Jahre später, ging Fräulein Dr. Dora Roeder (die übrigens ebenfalls an der Universität Zürich studiert hatte) ihrerseits vor Bundesgericht, als ihr wegen des fehlenden Aktivbürgerrechts nicht gestattet wurde, vor den Gerichten des Kantons Freiburg aufzutreten³. Und sie bekam recht. Das Bundesgericht distanzierte sich ausdrücklich vom Entscheid Kempin und betonte, dessen Grundgedanke stehe nicht mehr im Einklang mit den aktuellen Gegebenheiten. Es gehe nicht mehr an, Frauen mit dem Erfordernis des Aktivbürgerrechts von der Vertretung vor Gericht und damit auch vom Beruf des Rechtsanwalts auszuschliessen, der seit der Jahrhundertwende in zahlreichen Kantonen für Frauen geöffnet worden sei. Tatsächlich hatte der Kanton Zürich sein Gesetz bereits 1898 in diesem Sinn geändert, und seinem Vorbild waren seither weitere Kantone gefolgt.

Für Emilie Kempin selbst kam das neue Gesetz, das vor allem auf ihre Initiative zurückging, allerdings zu spät⁴. Nach Abschluss ihrer Studien hatte sie sich vergebens um eine Stelle als Privatdozentin an der Universität Zürich bemüht, anschliessend aber in New York eine vielversprechende Universitätskarriere begonnen, um nach wenigen Jahren aus familiären Gründen wieder in die Schweiz zurückzukehren. Nachdem ihr Habilitationsgesuch in Zürich 1891 entgegen dem Antrag des Senats schliesslich vom Erziehungsrat gutgeheissen wurde, hatte sie als Privat-

dozentin nicht den gewünschten Erfolg; ihre Vorlesungen waren schlecht besucht⁵. Da ihr auch die Zulassung als Anwältin versagt blieb, emigrierte sie nach Deutschland, in der vergeblichen Hoffnung, dort ein besseres Auskommen als Juristin zu finden. Als sie 1897 in Berlin davon erfuhr, dass Frauen in Zürich zur Advokatur zugelassen werden sollten, konnte sie – zermürbt durch die erfolglosen Kämpfe – eine Rückkehr und einen Neubeginn offenbar nicht mehr in Betracht ziehen. Nach dem Bericht ihrer Tochter hat die an sich erfreuliche Nachricht aus Zürich sogar ihren völligen Zusammenbruch ausgelöst⁶. Wegen Geisteskrankheit interniert, verstarb sie 1901 in der „Irrenanstalt Friedmatt“ in Basel.

Auch wenn man das tragische Schicksal von Emilie Kempin nicht kennt, gibt der eingangs geschilderte Entscheid Kempin zu denken. Hätte sich das Bundesgericht nicht bereits 1887 aufgeschlossener gegenüber der Frauenfrage zeigen können? Hat das Gericht als reines Männergremium seine Machtstellung benützt, um sich erfolgreich gegen den Vormarsch der Frauen zu stemmen? Wenn man die Rechtsprechung überblickt, ist diese nahe liegende Sicht aber zu einfach:

Als das Bundesgericht im Jahr 1874 seine Tätigkeit aufnahm, gab es der Rechtsgleichheit ohne zu zaudern einen umfassenden Anwendungsbereich. Das Grundrecht galt für alle und in allen Belangen, wurde aber von Anfang an inhaltlich relativiert. Eine ungleiche Behandlung durch das Gesetz stand im Einklang mit der Rechtsgleichheit, wenn sie sich durch *sachliche Gründe* rechtfertigen liess. Diese Lösung gilt noch heute. Die entscheidende Frage, ob sachliche Gründe eine Unleichbehandlung rechtfertigen, kann allerdings nicht ohne eine Wertung beantwortet werden. Um einer rein subjektiven Wertung vorzubeugen, stellt das Bundesgericht auf die *herrschende Rechts- und Wertanschauung* ab. Nur wenn die Ungleichbehandlung einem im Urteilszeitpunkt bestehenden gesellschaftlichen Konsens widerspricht, verletzt sie die Rechtsgleichheit. Da dieser gesellschaftliche Konsens nicht einfach zu ermitteln ist, pflegt sich das Gericht an den in der Schweiz bestehenden Gesetzgebungstrends zu orientieren. Der Gang ans Bundesgericht ist letztlich nur aussichtsreich gegen einen rückständigen Kanton, der hinter den gesamtschweizerischen Gesetzgebungstendenzen zurückgeblieben ist. So passt es voll ins Konzept, dass die Beschwerde im Jahr 1923 Erfolg hatte, als bereits eine Reihe von Kantonen Anwältinnen zulassen, nicht aber die

Beschwerde im Jahr 1887, als noch kein einziger Schweizer Kanton so weit war.

1957 erging ein weiterer wichtiger Entscheid, der nun direkt das Frauenstimmrecht betraf. Eine Gruppe von Frauen aus dem Waadtland machte vor Bundesgericht geltend, die Frauen seien eigentlich bereits im Besitz des kantonalen Stimmrechts: Man müsse nur das Wort „Suisse“ in der kantonalen Verfassungsbestimmung über das Aktivbürgerrecht zeitgemäss und der Rechtsgleichheit entsprechend auslegen⁷. Nach dem Gesagten war dieser Prozess schon deshalb praktisch chancenlos, weil das Frauenstimmrecht damals in der Schweiz noch nirgends verwirklicht war. Der Kanton Waadt sollte es erst zwei Jahre später – im Jahr 1959 – als erster Kanton einführen. Die Einführung des Frauenstimmrechts im Bund wurde am gleichen Abstimmungssonntag des Jahres 1959 wuchtig verworfen und glückte erst 1971. Das Bundesgericht machte im Übrigen deutlich, dass die Einführung des Frauenstimmrechts Sache des Gesetzgebers und nicht der Gerichte sei. Es sollten noch gut 30 Jahre vergehen, bis das Bundesgericht dem Kanton Appenzell Innerrhoden das Frauenstimmrecht in einem analogen Verfahren dennoch aufoktroierte⁸. Im Jahr 1990 war das Frauenstimmrecht indessen in der ganzen Schweiz ausser in Appenzell Innerrhoden verwirklicht. Abgesehen davon galt auch bereits seit 1981 die neue, für Frauenrechte günstigere Sondernorm über die Geschlechtergleichheit, auf die sogleich einzugehen sein wird.

Kurz vor dem Inkrafttreten dieser Sondernorm kam es noch zu einem kleinen Lichtblick: Im Jahr 1977 verhalf das Bundesgericht den Neuenburger Lehrerinnen zur *gleichen Besoldung*, wie sie auch ihren männlichen Kollegen zustand. Bezeichnenderweise warf das Gericht vorgängig einen Blick auf die Gesetze der anderen Kantone, welche sozusagen ausnahmslos zur Lohnungleichheit übergegangen waren⁹.

Für die erste, gut hundert Jahre dauernde Phase ergibt sich damit eine magere Bilanz: Die Chance, über ein Gerichtsurteil vorwärts zu kommen, war äusserst gering, weil sich die Rechtsprechung zur Rechtsgleichheit an der jeweils herrschenden Rechtsanschauung orientierte und deshalb stets der gesamtschweizerischen Gesetzgebung hinten nachhinkte. Beschwerdeführerinnen, die auf kühne Pionierentscheide hofften und für innovative Lösungen kämpften, die in der Schweiz noch nirgends verwirklicht waren, scheiterten zwangsläufig.

II. Was brachte der neue Gleichberechtigungsartikel?

Die bitteren Erfahrungen mit der allgemeinen Rechtsgleichheit bildeten den Grund dafür, dass Frauenkreise 1975 eine Initiative für eine griffigere Sondervorschrift über die Geschlechtergleichheit lancierten. Mit Erfolg – „Mann und Frau sind gleichberechtigt“ hiess es nun klipp und klar im ersten Satz der neuen Verfassungsbestimmung, die (als Resultat eines Gegenvorschlags) am 14. Juni 1981 in Kraft trat.

a) Effektive Durchsetzung gleicher Rechte und Pflichten

Von Anfang an stand fest, dass die Gesetze auch unter der neuen Sonderbestimmung nicht völlig geschlechtsneutral sein konnten. Es oblag dem Bundesgericht, den Satz „Mann und Frau sind gleichberechtigt“ auszulegen. Mit Spannung erwartete man die ersten Entscheide, denn es bestand durchaus die Gefahr, dass die neue Bestimmung durch die Gerichtspraxis verwässert würde. Erfreulicherweise realisierten sich diese Befürchtungen nicht, das Bundesgericht verlieh dem neuen besonderen Gleichheitssatz vielmehr die nötige Durchschlagskraft. Im Unterschied zur allgemeinen Rechtsgleichheit verlangte die neue Sondervorschrift grundsätzlich *absolute rechtliche Gleichbehandlung* von Mann und Frau – also genau das, was Emilie Kempin vor fast hundert Jahren vergeblich gefordert hatte. Ausnahmen liess das Bundesgericht nur bei *zwingenden biologischen oder funktionalen Unterschieden* zwischen den Geschlechtern zu. Unsicherheit bestand vor allem in der Frage, was mit den funktionalen Unterschieden zwischen Mann und Frau gemeint war. Diese hätten leicht auf die überkommene soziale Rollenverteilung bezogen werden können, um etwa Hausarbeitsunterricht für Mädchen zu rechtfertigen. Zum Glück entwickelten sich die funktionalen Unterschiede jedoch nicht zum trojanischen Pferd und führten in der Folge ein blosses Schattendasein. Damit verblieb lediglich ein kleiner Raum für rechtliche Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern; sie mussten im Wesentlichen mit der Mutterschaft zusammenhängen. Die Wirkung der neuen Sondernorm zeigte sich bereits im ersten grundlegenden Entscheid: Als 1981 mehr Mädchen als Knaben den Übertritt ins Collège schafften, wollten die Waadtländer Schulbehörden strengere Zulassungskriterien für Mädchen als für Knaben einführen. Auf Beschwerde der Mädchen bzw. ihrer Eltern hin wurden sie vom Bundesgericht zur absoluten

Gleichbehandlung der Schüler und Schülerinnen verpflichtet¹⁰.

Verfolgt man die Gerichtsurteile zum neuen Gleichberechtigungsartikel, fällt allerdings auf, dass es (anders als erwartet) *häufig Männer* und nicht Frauen waren, die den Prozessweg erfolgreich beschritten¹¹. So erstritt der Witwer einer Lehrerin 1990 vor Gericht, dass ihm eine Witwenrente unter den gleichen Voraussetzungen gewährt wurde wie einer Witwe¹². Männer wehrten sich ferner mit Erfolg gegen die einseitige Belastung des männlichen Geschlechts mit dem Feuerwehrdienst und mit der Feuerwehersatzabgabe¹³; diese Pflichten wurden in der Folge durch die Kantone und Gemeinden auf Frauen ausgedehnt. Mit Ernüchterung musste man registrieren, dass der neue Gleichberechtigungsartikel auch zu zusätzlichen Belastungen der Frauen führte.

b) Die Entscheide über Frauenquoten als Stein des Anstosses

Ein grösseres Malaise ergab sich aber aus einer weiteren Entwicklung, die zum Schluss zur Sprache kommen soll. Als die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter weitgehend verwirklicht war, verlagerte sich der Schwerpunkt der Diskussion auf die Frage nach der *tatsächlichen Gleichstellung* von Mann und Frau. Offensichtlich vermochte nämlich auch eine konsequente rechtliche Gleichbehandlung die gesellschaftliche Schlechterstellung der Frauen nicht zu beseitigen – zu beharrlich hielten und halten sich die überlieferten Vorurteile. Die Auffassung, der Staat habe nicht nur die rechtliche, sondern auch die soziale Gleichstellung der Frauen anzustreben, setzte sich durch und wurde in der totalrevidierten Bundesverfassung von 1999 ausdrücklich bestätigt. Der Gleichberechtigungsartikel enthält seither im zweiten Satz den klaren Auftrag an den Gesetzgeber, auch für die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau zu sorgen.

aa) Quoten in politischen Behörden

Als besonders wirksames Mittel zur Erhöhung des Frauenanteils im Parlament und in anderen staatlichen Behörden haben sich im Ausland Quotenbestimmungen erwiesen, welche einen bestimmten Prozentsatz der zu vergebenden Sitze von vornherein Frauen vorbehalten. Die ersten kantonalen Initiativen, die auf die Einführung von Quoten abzielten, stiessen jedoch nicht nur auf politischen Widerstand, sondern auch auf juristische Hindernisse. Im Jahr 1995 wurde im Kanton Solothurn eine Volksinitiative eingereicht, welche verlangte, dass Frauen und Männer im Kantonsrat, im Regierungsrat und in den Gerich-

ten entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil vertreten sein sollten. Der Kantonsrat erklärte die Initiative für ungültig, unter anderem mit Rücksicht auf die Gleichberechtigung. Das Bundesgericht war ebenfalls der Ansicht, die Initiative verletze die Sondervorschrift über Geschlechtergleichheit. Quotenregelungen sind zwar ein Mittel zur Herbeiführung der tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann. Gleichzeitig erheben sie jedoch das Geschlecht zum entscheidenden Kriterium und widersprechen damit dem Gebot der absoluten rechtlichen Gleichbehandlung. Es zeigt sich ein Spannungsverhältnis zwischen den beiden Verfassungsgeboten der Herbeiführung der tatsächlichen Gleichstellung und der absoluten rechtlichen Gleichheit, das durch *Abwägung* zu entscheiden ist. Im ersten Urteil über die Solothurner Initiative erteilte das Bundesgericht den Quoten eine Abfuhr, weil sie für die Männer unzumutbare Nachteile bewirkten¹⁴. Im nächsten Entscheid über eine Urner Initiative hat es die Abwägung weniger einseitig vorgenommen und den Quoten (unter dem Druck der Kritik) mehr Spielraum zugestanden. Die Bestimmung, jedes Geschlecht müsse zumindest zu einem Drittel vertreten sein, wurde für nicht vom Volk gewählte Behörden als zulässig befunden¹⁵. In der nachfolgenden Volksabstimmung aber wurde die Urner Initiative deutlich abgelehnt, wie übrigens später auch eine eidg. Quoteninitiative.

Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen, ist der Befund klar: Das Konzept der absoluten rechtlichen Gleichbehandlung der Geschlechter verträgt sich schlecht mit einseitigen Massnahmen zur Frauenförderung. Es bildet ein Hindernis, das je nach Ausgestaltung der Quote nicht überbrückt werden kann. Dass just die von Frauen erkämpfte Sondernorm staatlichen Massnahmen entgegenstehen soll, welche den Prozess der faktischen Gleichstellung befördern, hat heftige Kritik provoziert. Nicht nur die Meinungsführerinnen unter den Juristinnen¹⁶, sondern auch vereinzelte progressive männliche Rechtswissenschaftler¹⁷ haben das geltende Verständnis der Sondernorm in Frage gestellt. Das Gebot der absoluten Gleichbehandlung sei zu formal und solle über Bord geworfen werden, weil es den Zielen der ursprünglichen Initiantinnen im Grund widerspreche. Die Initiantinnen seien von einem heute überholten Ansatz ausgegangen, ja der Verfassungsgeber – so liest man sogar – habe sich getäuscht¹⁸. Gefordert wird eine flexiblere Lösung, die eine unterschiedliche rechtliche Behandlung von Mann und Frau wieder vermehrt zulässt, zum Beispiel bei sozialen oder psychologischen Unterschieden¹⁹.

Das Bundesgericht hat es bis anhin strikt abgelehnt, seine Rechtsprechung in diesem Sinn zu ändern, weil dafür keine genügenden Gründe sprächen²⁰. Würde man den Grundsatz der absoluten Gleichbehandlung wieder aufgeben oder zusätzliche Durchbrechungen zulassen, bestünde zudem erneut die Gefahr, dass rechtliche Ungleichheiten mit zweifelhaften Argumenten begründet werden. Bei Margrith Bigler-Eggenberger, welche ihrerseits für eine flexiblere Lösung eintritt, stossen etwa die Waadtländer Schulbehörden, welche an die Schülerinnen höhere Anforderungen als an die Schüler stellen wollten, auf ein gewisses Verständnis²¹. In dieser und in anderen Fragen würden die Meinungen unweigerlich weit auseinandergehen. Unter diesen Umständen wäre es völlig offen, welchen Gebrauch die Gerichte von dem neuen Freiraum machen würden. Andere Autorinnen möchten die absolute Gleichbehandlung letztlich wohl nur dann preisgeben, wenn es sich zu Gunsten der Frauen auswirkt. Einfach und klar ist die Position von Jörg Paul Müller: Nur Frauen, nicht aber Männer sollen sich auf die Geschlechtergleichheit berufen können²². Eine solche asymmetrische Bestimmung hätte die Zustimmung des Souveräns aber nicht gefunden und würde sie wahrscheinlich auch heute nicht finden.

bb) Quoten an der Universität

Der jüngste Leitentscheid des Bundesgerichts, der *Fall Balmelli*, betrifft Frauenquoten an der Universität²³. Im Rahmen des vom Bund finanzierten Nachwuchsförderungsprogramms schrieb die Universität Freiburg im Jahr 2001 eine Nachwuchsstelle nur für Frauen aus. Um den zahlenmässig schwachen weiblichen Nachwuchs in der Professorenschaft besonders zu fördern, hatte der Bund vorgeschrieben, 40% der mit Bundesmitteln geschaffenen Nachwuchsstellen müssten Frauen zukommen. Da sie das zulässige Männerkontingent von 60% schon voll ausgeschöpft hatte, konnte die Universität Freiburg die Bundesmittel nur beanspruchen, wenn sie die fragliche Stelle mit einer Frau besetzte. Herr Balmelli liess sich durch die Ausschreibung nicht abschrecken und bewarb sich trotzdem. Als seine Bewerbung wegen seines Geschlechts überhaupt nicht in Betracht gezogen wurde, beschritt er den Rechtsweg. Mit Erfolg. Die fragliche Assistenzprofessur war zwar inzwischen bereits an eine Frau vergeben worden, doch sprach das Bundesgericht dem Beschwerdeführer eine symbolische Entschädigung von einem Franken zu und entsprach damit voll seinem Antrag. Es beurteilte die praktizierte Frauenförderung als schweren Eingriff, der den Männern kaum

zumutbar sei. Jedenfalls müssten derart eingreifende Quoten in einem Gesetz vorgesehen sein (und daran mangelte es).

Der Fall Balmelli bedeutet einen schweren *Rückschlag für die Frauenförderungs politik*. Unter den Dozenten für Verfassungsrecht äusserten sich nur wenige zum Urteil, und zwar zustimmend oder in neutralem Sinne²⁴; auf Frauenseite löste es harsche Kritik aus. Erneut forderten zwei Kolleginnen, das Bundesgericht solle vom Konzept der absoluten rechtlichen Gleichbehandlung abrücken, also jene grundsätzliche Praxisänderung vornehmen, die es bereits wiederholt abgelehnt hatte²⁵. Der Entscheid ruft aber selbst dann nach Kritik, wenn man auf dem Boden der bisherigen Rechtsprechung bleibt. Gewiss wäre es unhaltbar, wenn eine Universität ordentliche Stellen für Dozierende nur nach dem Geschlecht und ohne Rücksicht auf die fachliche Qualität der Person vergeben würde. Damit ist die vorliegende Quotenregelung aber nicht zu vergleichen. Hier ging es ja nur um eine zusätzliche, ausserplanmässige Stelle, die extra zwecks Frauenförderung geschaffen wurde. Die Chancen der Männer, eine ordentliche Stelle zu erlangen, blieben intakt. Wertet man die vorliegende Quotenbestimmung nicht als einen schweren Eingriff in das Grundrecht der Männer, wird der bundesgerichtlichen Argumentation die Basis entzogen. Auf solche oder ähnliche kritische Reaktionen auf den Entscheid hat man jedoch vergebens gewartet. Zwischen den Fundamentalkritikerinnen, die beharrlich einen radikalen Systemwechsel fordern, und dem Gegenlager, das hinter dem Bundesgericht steht, klafft eine grosse Lücke. Die Diskussion über die Gleichberechtigung der Geschlechter wird, leider, durch eine zunehmende Polarisierung geprägt.

III. Schlusswort

Zurück zu Emilie Kempin und zu ihrer Position im damaligen juristischen und politischen Kampf. Als sie im Fall Kempin 1887 vor Bundesgericht die volle Gleichberechtigung der Frau einforderte, agierte sie als radikale Kritikerin des herrschenden Systems und erlitt eine erste grosse Niederlage. Darnach steckte sie ihre politischen Ziele zurück. Ihre Postulate wurden zaghafter, ja entbehrten teilweise sogar der Konsequenz. Im Jahr 1891 trat sie beispielsweise dafür ein, eine Prüfung der fachlichen Qualitäten für den Beruf des Rechtsanwalts einzuführen – aber nur für Frauen: Männer hätten nach ihrem Vorschlag weiterhin ohne jede Qualifikationsprüfung als Rechtsanwälte auftreten dürfen²⁶. Die verwunderliche Ungleichheit nahm sie offenbar in Kauf, um den Durchbruch eher zu erreichen.

Der Wandel der Person Emilie Kempin konnte in diesem Referat nur am Rand gestreift werden, im Zentrum stand der Wandel der Rechtsprechung über die Gleichberechtigung der Frauen. Dieser Wandel steht – wie sich gezeigt hat – in einem Wechselspiel mit dem Wandel der herrschenden Rechtsanschauung und mit dem Wandel der Gesetzgebung. In dieser komplexen Entwicklung hat Emilie Kempin als Vorreiterin der Gleichberechtigung eine wichtige Rolle gespielt. Sie und die ihr folgenden Frauen, welche zu ihrer Zeit aussichtslose Prozesse führten, haben entscheidende Anstösse zur gesellschaftlichen, politischen und rechtswissenschaftlichen Diskussion gegeben – ihnen ist das heute Erreichte wesentlich zu verdanken.

¹ BGE 13, 1.

² Damit war das Stimmrecht gemeint, vgl. Marianne Delfosse, Emilie Kempin-Spyri (1853-1901), Zürich 1994, S. 44 ff.

³ BGE 49 I 14.

⁴ Zur Biografie von Emilie Kempin-Spyri vgl. Delfosse (FN 2), S. 5 ff.

⁵ Delfosse (FN 2, S. 85 ff.

⁶ Delfosse (FN 2), S. 24.

⁷ BGE 83 I 173.

⁸ BGE 116 Ia 359.

⁹ BGE 103 Ia 517.

¹⁰ BGE 108 Ia 22.

¹¹ Zusammenstellung bei Jörg Paul Müller, Die Diskriminierungsverbote nach Art. 8 Abs. 2 der neuen Bundesverfassung, in: Die neue Bundesverfassung, Berner Tage für die Juristische Praxis, Bern 2000, S. 111 FN 25.

6

¹² BGE 116 V 198.

¹³ Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Gemeindeverwaltung, Bd. 88 (1987), 306.

¹⁴ BGE 123 I 152.

¹⁵ BGE 125 I 21.

¹⁶ Christa Tobler, Margrit Bigler-Eggenberger und Regula Kägi-Diener; vgl. einzelne Schriften dieser Autorinnen in FN 18, 19 und 25.

¹⁷ Jörg Paul Müller (FN 11 und 22).

¹⁸ Christa Tobler, Quoten und das Verständnis der Rechtsgleichheit der Geschlechter... , in: Kathrin Arioli (Hrsg.), Frauenförderung durch Quoten, Basel u.a. 1997, S. 118 ff.

¹⁹ Margrith Bigler-Eggenberger, Justitias Waage – wagemutige Justitia, Basel u.a. 2003, S. 354.

²⁰ BGE 125 I 21 (30 f.) und 131 II 361 (383 f.).

²¹ Bigler-Eggenberger (FN 19), S. 92.

²² Jörg Paul Müller, Grundrechte in der Schweiz, 3. A. Bern 1999, S. 455 f.

²³ BGE 131 II 361.

²⁴ Walter Kälin in ZBJV 2005, 649, und Yvo Hangartner in AJP 2005, 1414, und in AJP 2006, 597.

²⁵ Christa Tobler in recht 2005, 220, und Regula Kägi-Diener in AJP 2006, 107.

²⁶ Delfosse (FN 2), S. 50 f.; vgl. für die inkonsequente Haltung der späten Emilie Kempin-Spyri S. 147 f. (Erwerbstätigkeit der Frau nur bei Notlage; Ausbildung der Mädchen für Mutterschaft und Haushalt), 149 ff. (Ablehnung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen; Ausnahme nur für Gemeindeangelegenheiten).

Die Hälfte des Himmels

Barbara Haering

Artikel 8 unserer neuen Bundesverfassung erklärt in Absatz 3:

„Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.“

Dieser Verfassungsartikel widerspiegelt ein umfassendes Verständnis der Gleichberechtigung von Frau und Mann. Eine menschenrechtliche Auffassung von Gleichstellung, der bereits Emilie Kempin-Spyri nachzuleben versuchte und an der sie letztlich zu Grunde ging. Ihr bot niemand einen Platz auf einer Chaiselongue an. Erst 107 Jahre nach ihrem Tod, erhält sie ihr Denkmal in unserer Universität. Wir blicken somit heute zurück auf ihr Leben – aber auch auf unsere Gegenwart und nach vorn in die Zukunft unserer jungen Frauen und Männer.

Politik

Mitte der 80er Jahre des vorletzten Jahrhunderts setzten sich einzelne Staatsrechtler, Sozialreformer und Politiker für die politische Gleichstellung der Frau ein. Sie befürworteten ein schrittweises Vorgehen zur Erlangung gleicher Rechte von Mann und Frau – um auf diese Weise uns Frauen einen sorgfältigen Lernprozess in Demokratie zu ermöglichen. In den gleichen Jahren begannen unsere Urgrossmütter selber ihre Stimmen zu erheben. 1886 forderte eine Gruppe von Frauen im Kanton Zürich, in einer *anonymen Bittschrift erstmals öffentlich* die volle bürgerliche und politische Gleichstellung der Geschlechter. Zu den wenigen Frauen, die öffentlich und offen für das allgemeine Stimm- und Wahlrecht kämpften, gehörte die erste promovierte Historikerin der Schweiz und Studienkollegin Emilie Kempin-Spyris hier an der Universität Zürich, Meta von Salis. In ihrem Neujahrsartikel forderte sie zum Jahreswechsel 1886/87 in der «Zürcher Post» die politische Gleichberechtigung der Frauen als bürgerliches Grundrecht. Doch einige Wochen später, am 29. Januar 1887 lehnte das Bundesgericht das Ansinnen Emilie Kempin-Spyris, ihren Mann vor Gericht verteidigen zu dürfen, ab und begründete:

„Wenn nun die Rekurrentin (...) scheint folgern zu wollen, die Bundesverfassung postuliere die volle

*rechtliche Gleichstellung der Geschlechter auf dem Gebiete des gesamten öffentlichen und Privatrechts, so ist diese Auffassung **ebenso neu als kühn**; sie kann aber nicht gebilligt werden.“*

MDMH: Auch wenn es ein langer und harziger Weg wurde, bis die Stimmbürger im Februar 1971 „den Frauen zu Liebe ein männliches Jahr“ – so der Abstimmungsslogan zur politischen Gleichstellung auf Bundesebene – einlegten, scheinen diese Zeiten doch einer fernen Vergangenheit anzugehören. Am 14. Juni 1981 wurde das Prinzip der gleichen Rechte von Mann und Frau in der Bundesverfassung verankert. Der Verfassungsartikel garantiert die formale Gleichbehandlung von Frauen und Männern und verpflichtet Behörden und Gesetzgeber, bestehende Diskriminierungen zu beseitigen. Er verlangt aber noch mehr, nämlich die Verwirklichung der *tatsächlichen Gleichstellung* zwischen Mann und Frau. Ausdrücklich wird dabei auf die Bereiche Arbeit, Familie und Bildung hingewiesen. Mit der Annahme der Fristenregelung in der Volksabstimmung im Juni 2002 billigte die Schweizer Stimmbevölkerung uns Frauen überdies das Recht und die Fähigkeit zu, Entscheide auch von grösster moralischer Tragweite selbstverantwortlich fällen zu können. Ein Paradigmenwechsel, der über die konkrete Fragestellung des Schwangerschaftsabbruchs hinauswies. Und: Zum ersten Mal sind dieses Jahr auf dem offiziellen Bundesratsfoto vier Frauen und vier Männer abgebildet. Weder die Wahl von Evelyn Widmer-Schlumpf zur Bundesrätin, noch jene von Corina Casanova zur Kanzlerin fanden unter dem Titel einer Frauenwahl statt. **Das ist gut so.** Dass Frauen in höchste politische Ämter gewählt werden, ist in den letzten Jahren zur Selbstverständlichkeit geworden.

Mit anderen Worten: **Uns geht es gut! Aber: Wir haben gekämpft dafür.** Gerne biete ich deshalb unseren Grossmüttern und Müttern posthum einen Platz auf der grossen Liege im Lichthof unserer Universität an.

Wissenschaft

Auch an unseren Universitäten hat sich das Bild grundlegend geändert. Unsere jungen Studentinnen müssen im Unterschied zu Emilie Kempin-Spyri nicht warten, bis sie mit 32 und bereits als

Seite 2 von 3

Mutter dreier Kinder als erste Schweizerin ihr Jusstudium beginnen dürfen. Und es ist ihnen wohl kaum bewusst, dass sie an einer Universität studieren, die sich früh als europäische Pionierin in Sachen Frauenstudium profilierte. 1867 schloss hier erstmals eine Frau, die Russin Nadezda P. Suslova, das Medizinstudium mit dem Doktorat ab. Sie war damit die erste Frau, die im deutschsprachigen Raum an einer staatlich anerkannten Universität ein reguläres Studium abschloss. 1868 nahm Marie (Heim-)Vögtlin als erste Schweizerin ein Studium an der Universität Zürich auf. 1872 bestand sie das Staatsexamen in Medizin. Ihre Assistenzzeit musste sie allerdings in Deutschland absolvieren, da kein Schweizer Spital Ärztinnen anstellte. Auftritte, wie sie die Studentin Franziska Tiburtius in der NZZ Mitte der 80er Jahre des vorletzten Jahrhunderts schilderte sind heute nicht mehr vorstellbar. Sie schrieb:

„Es war unter den Studenten bekannt geworden, dass die Frauenzimmer zum ersten Mal kommen würden. Als wir eintraten, war der Saal dicht gefüllt, auch von den anderen Fakultäten erschienen zahlreiche Mitläufer, und es erhob sich ein wüster Lärm, Schreien, Johlen, Pfeifen. Da hiess es ruhig Blut bewahren.“

Wir Frauen haben ruhig Blut bewahrt! 1891 erhielt Dr. iur. Emilie Kempin-Spyri nach anfänglichem Widerstand seitens der Hochschulbehörden die *venia legendi* und wurde **erste Hochschuldozentin der Schweiz**. Sie unterrichtete als Privatdozentin römisches, englisches und amerikanisches Recht an der staatswissenschaftlichen Fakultät unserer Universität. Ich bin stolz auf sie.

Ebenso stolz bin ich darauf, dass wir Frauen heute gesamtschweizerisch die knappe Mehrheit der MaturandInnen und 50.8 % der Studierenden bilden – an der Universität Zürich stellen Frauen sogar 56% der Studierenden. Doch trotz der gleichen formalen Zugangsmöglichkeiten zeigen sich beträchtliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei der Fächerwahl, den akademischen Abschlüssen und der Vertretung auf den Hierarchiestufen der Hochschulen. Die Studienwahl widerspiegelt noch immer traditionelle Geschlechtsrollen. Wir Frauen sind in literatur- und sozialwissenschaftlichen Fächern übervertreten, in den Natur- und vor allem den Ingenieurwissenschaften teilweise stark untervertreten. In der Humanmedizin, der Rechtswissenschaft und der Geschichte entspricht der Frauenanteil etwa dem durchschnittlichen Studentinnenanteil. Doch je höher die akademische Hierarchie, desto

geringer der Frauenanteil. Auch an der Universität Zürich: Bei den Studierenden beträgt er 56%, bei den Doktoraten 48%, bei den Professuren erst 15.6%.

Damit sich dies ändere, setzen wir uns ein. An den meisten Hochschulen der Schweiz gibt es inzwischen Frauenbeauftragte und/oder Gleichstellungskommissionen mit dem Auftrag, Frauen zu fördern und Frauen- und Geschlechterforschungen auszubauen. Allerdings sind diese Stellen oft finanziell und personell unterdotiert. Das Universitätsgesetz Zürich aus dem Jahre 1998 beauftragt die Universität Zürich „...durch geeignete Massnahmen die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau (zu fördern).“ Diesen Gesetzesauftrag hat die Universitätsleitung in einem Verhaltenskodex zur Gender Policy konkretisiert. Der Universitätsrat hat diese Leitlinien ausdrücklich zu Kenntnis genommen und unterstützt sie. Nun geht es darum, diesem Kodex real nachzuleben und seine Grundsätze in sämtlichen Führungsinstrumenten der Universität Nachachtung zu verschaffen. Die Förderung der Gleichstellung ist für mich ein Wert an sich – und wertvoll darüber hinaus, denn sie beinhaltet eine grosse Chance für mehr Diversität an unserer Universität.

Beruf und Familie

Mir ging es gut: Alle Studienwege standen mir offen. Es lag und liegt in meiner eigenen Verantwortung, meine beruflichen und politischen Engagements kompetent auszufüllen. Und dennoch schliesse ich mich Emilie Kempin-Spyri an, wenn sie am Ende ihres Lebens zum Schluss kommt:

„Je mehr wir anerkennen müssen, dass der Frau im Kampf ums Dasein alle Wege zu öffnen sind, dass es einfach ein Gebot der Menschlichkeit ist, ihr Können auf keinem Gebiet der Tätigkeit abzusperren, desto grösser die Notwendigkeit, dass wir uns gegenseitig keinen blauen Dunst vormachen....“

Emilie Kempin-Spyri litt unter den konkurrierenden Ansprüchen von Beruf und Familie. Und auch 130 Jahre später fällt es uns Frauen immer noch schwer, Familie und berufliche Karriere unter einen Hut zu bringen. Indessen ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zentral, wenn es darum geht, die Gleichstellung der Geschlechter im Alltag zu verwirklichen. Immer mehr Frauen nehmen diese Herausforderung an und bleiben auch während der Kinderphase erwerbstätig. Im Jahr 2000 waren Frauen, die

mindestens ein Kind unter 7 Jahren hatten, fast zu zwei Dritteln erwerbstätig. Bei Frauen mit schulpflichtigen Kindern, waren es sogar drei Viertel. Zusätzlich zur Erwerbsarbeit leisten Frauen viel unbezahlte Haus- und Familienarbeit. Mit kleinen Kindern kommen sie im Durchschnitt auf fast 60 Stunden Arbeit pro Woche. Viele Mütter reduzieren deshalb den Umfang ihrer Erwerbsarbeit: Mütter mit kleinen Kindern kommen auf einen Beschäftigungsgrad von 30 Prozent. Damit lässt sich keine Berufskarriere aufbauen. Auf der anderen Seite liegt die Erwerbsquote der Männer bei fast 100 Prozent. Die höchsten Werte erreichen ausgerechnet Väter kleiner Kinder – mit einem durchschnittlichen Erwerbspensum von 43 Wochenstunden. Mit anderen Worten: Es ist in dieser Lebensphase, dass Frauen den beruflichen Wettkampf gegenüber ihren männlichen Konkurrenten verlieren. In seiner Bestandesaufnahme von 2007 unterstrich das statistische Amt des Kantons Zürich die Tatsache, dass in der Zürcher Privatwirtschaft Frauen durchschnittlich immer noch einen deutlich tieferen Lohn als Männer erhalten. Dies sei mehrheitlich darauf zurückzuführen, dass Männer im Schnitt besser ausgebildet seien, anforderungsreichere Stellen besetzten, mehr Leitungsfunktionen ausübten und in den

Hochlohnbranchen stärker vertreten seien als Frauen.

Die Familiengründung erweist sich somit für viele Frauen noch immer als karrierehemmend – auch an der Universität. Im Rahmen der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung müssen Frauen deshalb spezifische Unterstützung finden. Gerade in diesem Bereich gilt die Erfahrung: *„gender neutral is gender blind.“*

Soll im Berufsleben Chancengleichheit für Männer und Frauen realisiert werden, so ist es unumgänglich, dass Väter die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch zu ihrem Thema machen. Ich selber war privilegiert: Meine Tochter konnte auf die Betreuung durch Mama, Papa, Grossmama und Oma zählen. Doch sind es nur wenige Frauen, denen diese Möglichkeiten offen stehen. Die gerechtere Aufteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit beginnt somit zu Hause mit fair ausgehandelten Abmachungen mit unseren Partnern. Meine Jungen Damen: Fordern Sie ruhig von Ihren Partnern das, was Sie selber zu geben bereit sind – nämlich die Hälfte des Himmels! Doch dies ist und bleibt die härteste Auseinandersetzung. Schön, dass wir uns ab und zu auf Pipilottis Liege ausruhen können! Emily Kempin-Spyri hätte dies auch verdient!

Semesterberichte Rapports semestriels

Herbstsemester / Semestre d'automne 2007

Ecole polytechnique fédérale de Lausanne (EPFL)

Stephan Morgenthaler

Les nouvelles et événements d'importance concernant l'EPFL sont annoncés sur le site <http://actualites.epfl.ch>. Nous en avons sélectionné quelques-unes, représentatives de l'activité sur le campus durant le semestre d'hiver 2007/2008.

Étudiants : Mi-septembre, l'EPFL a accueilli plus de 1700 étudiants en première année et au cours préparatoire (CMS). La progression spectaculaire se confirme. Avec, à la clé, la perspective d'un chiffre total record de 6700 étudiants. Assorti d'un second record : une proportion de fille de 26%. Le chemin vers la parité reste long, mais la progression est réjouissante face aux 16% en l'an 2000.

Poly-Maths : L'EPFL propose dès le mois de février un cours aux futurs étudiants pour compléter ou rafraîchir leurs connaissances pour qu'ils puissent aborder avec confiance et vivacité leur première année d'études à l'EPFL. Une année réputée à juste titre sélective. Un cours libre et volontaire, pour tous ceux qui ont le droit d'accéder à l'EPFL, mais ont aussi l'ambition d'approprier déjà leur futur environnement d'études, sa culture et ses disciplines. De février à juin, poly-maths propose un semestre complet de formation qui inclut les disciplines fondamentales pour tous les futurs polytechniciens. On y trouve un accent particulier sur les mathématiques, avec de nombreux compléments de formation et une ouverture vers la résolution de problèmes. Autre branche importante, la physique et sa manière de décrire les phénomènes et les lois qui régissent notre environnement. Un cours de méthodes numériques permet aussi de mieux intégrer les liens qui unissent les différentes facettes de ces disciplines essentielles pour développer ses talents de scientifique et d'ingénieur.

Merck Serono, une division de Merck KGaA, et l'EPFL annoncent la signature d'un partenariat de recherche dans les domaines des neurosciences, de l'oncologie et de l'administration de

médicaments (drug delivery). Trois chaires Merck Serono seront créées à l'EPFL, respectivement dédiées aux maladies neurodégénératives (comme les maladies d'Alzheimer ou de Parkinson), au cancer - dans le cadre de l'Institut suisse de recherche expérimentale sur le cancer (ISREC) - et à la découverte de nouvelles technologies d'administration de médicaments, par exemple des vaccins utilisant des nanoparticules.

Swiss Experiment est un consortium interdisciplinaire alliant les connaissances de spécialistes dans les domaines environnemental, informatique, de gestion de l'information et de systèmes de communication. Cette aventure unique en son genre va se concentrer sur la région alpine, où les changements climatiques, atmosphériques et socioéconomiques y sont plus marqués qu'en plaine. "En termes d'intérêt scientifique, nous sommes passés de l'échelle au kilomètre à celle au centimètre, mais nous n'avons pas encore assez de données pour réaliser de modèles précis", note Marc Parlange, professeur à l'EPFL. La solution passe par les technologies de l'information et des capteurs qui permettent de densifier le réseau de mesures sur le terrain de paramètres environnementaux tels que la pluie, la température et le vent. Ainsi, cet automne, deux réseaux de capteurs sans fil ont été déployés en Valais, avec succès. Le projet Swiss Experiment s'articule autour de trois axes principaux : l'acquisition, le traitement et l'exploitation des données.

Ingénierie financière : Forte de son approche polytechnique, l'EPFL ouvre de nouveaux domaines de recherche en ingénierie financière, avec la perspective d'une formation inédite de niveau master. Les marchés boursiers et les flux financiers se globalisent, se complexifient, s'appuient sur des technologies toujours plus sophistiquées. Or, les investisseurs exigent de nouveaux instruments, de nouvelles visions des marchés et des perspectives claires. Afin de compléter les efforts réalisés en Suisse, l'EPFL développe des compétences en ingénierie financière de pointe, notamment sur deux axes importants : l'analyse statistique et le design des marchés. Le vendredi 8 février, à la bourse de Zurich, Marc Bürki, CEO

et co-fondateur de Swissquote, et Patrick Aebischer, président de l'EPFL, ont annoncé le lancement de la chaire Swissquote en finance quantitative, qui constitue une étape majeure dans ce développement. Un soutien de Swissquote de 5 millions de francs permettra de recruter une personnalité au plus haut niveau mondial, de niveau professeur ordinaire.

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETHZ)

Bis Redaktionsschluss am 7. April 2008 ging kein Bericht ein. Aktuelle Nachrichten der ETHZ findet man unter <http://www.ethz.ch/news>

Università della Svizzera Italiana

Albino Zraggen

Messa in rete del CSCS: ETHZ, IOSI, IRB, SUPSI ed USI

insieme per la ricerca nel campo delle "Computational life sciences"

Il 21 marzo 2007 il Gran Consiglio approvava, su proposta del Consiglio di Stato nata da un'iniziativa del Dipartimento dell'Educazione, della Cultura e dello Sport (DECS), un credito di 15 milioni di franchi per lo sviluppo della ricerca scientifica in Ticino, di cui 2.5 milioni di franchi per la messa in rete del Centro svizzero di calcolo scientifico (CSCS) con il tessuto accademico locale.

Per anni il CSCS, gestito dalla Scuola Politecnica federale di Zurigo (ETHZ), è stato una specie di corpo estraneo nel paesaggio ticinese non avendo trovato agganci e cooperazioni degni di nota. Col fiorire, in tempi recenti, di un contesto scientifico stimolante, la situazione è però radicalmente mutata favorendo così l'avvio di attività che permettono di consolidare il ruolo del CSCS e ne giustificano la collocazione in Ticino.

L'analisi della ricerca scientifica in Ticino mostra la preminenza di due settori: l'informatica e la biomedicina concentrate, rispettivamente, nel polo universitario USI-SUPSI nell'area luganese e negli Istituti di ricerca in biomedicina (IRB) e in oncologia (IOSI) a Bellinzona, ambedue di chiara fama internazionale. Competenze scientifiche di altissimo livello sono pure presenti nel gruppo di scienze computazionali dell'ETHZ presente sul Campus di Lugano, il cui direttore, leader mondiale in questa disciplina, è professore aggregato alla Facoltà di Scienze informatiche dell'USI.

Consapevole dell'alto potenziale scientifico di questi centri di ricerca, l'USI si è fatta promotrice di un'iniziativa volta a riunirne e a sfruttarne le competenze nell'ambito di un progetto interdisciplinare incentrato sul tema "Computational life sciences". Mediante la messa in rete dei vari istituti con il CSCS nel ruolo di fulcro, sono stati elaborati, nella primavera 2007, progetti di collaborazione in biologia strutturale, in bioinformatica e in bioingegneria che, durante l'estate scorsa, sono stati valutati da un gruppo di esperti designati dal CSCS. In sintonia con questa iniziativa, il Consiglio dell'USI ha inoltre deciso di creare una cattedra in "Advanced scientific computing" in seno alla sua Facoltà di Scienze informatiche, cattedra il cui bando di concorso scade il 15 dicembre prossimo e che dovrebbe diventare operativa verso la metà del 2008.

L'idea di fondo del progetto "Computational life sciences" è di far germogliare un'attività che possa continuare a svilupparsi al di là del 2010 (quando il credito promozionale di 2.5 Mio CHF del Cantone sarà estinto), favorendo così la creazione di legami istituzionali più stretti e durevoli fra il CSCS e gli istituti di ricerca dell'area informatica (USI, SUPSI) e biomedica (IRB, IOSI). Per dimostrare questa volontà di continuità oltre l'orizzonte 2010, i vari partner hanno deciso, sul modello dei progetti di collaborazione e innovazione della CUS, di completare il finanziamento cantonale con mezzi propri che ammontano a 2.5 Mio CHF.

Concretamente si tratta dei seguenti progetti:

"Prediction and characterization of intermolecular interactions in human diseases", collaborazione IRB-CSCS; responsabile: Prof. A. Lanzavecchia

"New computational approaches to study protein conformational transitions and protein-protein interactions", collaborazione ETHZ-CSCS; responsabile: Prof. M. Parrinello

"Computational identification of pathways and genes involved in lymphoid tumors starting from DNA number analysis", collaborazione IOSI-IDSIA-CSCS; responsabile: Prof. F. Cavalli

"Nanovectors for drug delivery in oncology: a combined modeling/experimental study", collaborazione SUPSI-IOSI-CSCS; responsabile: Prof. G. Ravano

Creazione di una cattedra in "Advanced scientific supercomputing" all'Università della Svizzera italiana", collaborazione USI-CSCS; responsabile: Prof. M. Jazayeri.

I primi due progetti sono strettamente correlati. La collaborazione si articolerà su due linee principali: una è lo sviluppo ulteriore di metodi avanzati per lo studio dell'interazione fra le proteine e tra proteine e farmaci e l'altra più immediatamente focalizzata sulle problematiche sperimentali cui è interessato l'IRB, quali la febbre Dengue e lo studio strutturale degli anticorpi. L'interazione e la fertilizzazione incrociata fra le due linee di ricerca potrà contribuire ad accelerare lo sviluppo di nuovi vaccini e di nuovi farmaci. Nel terzo progetto la metodologia dei "microarrays" è utilizzata per guardare l'intero patrimonio genetico di una cellula tumorale e individuare i singoli geni affetti. Le nuove generazioni di "microarrays" comportano la produzione di una elevatissima quantità di dati che richiedono un altrettanto elevato potere computazionale. I nanovettori oggetto delle ricerche del quarto progetto sono sistemi di somministrazione di farmaci basati su materiali di dimensioni nanometriche che permettono di massimizzare l'efficacia terapeutica riducendo al minimo gli effetti collaterali. Combinando simulazione numerica e sperimentazione, l'obiettivo è di individuare i meccanismi e le interazioni che avvengono a livello molecolare tra sostanze attive usate in terapie antitumorali e i loro possibili nanovettori.

La cattedra in "Advanced scientific super-computing" all'USI dovrà creare un polo di competenza per l'elaborazione di programmi informatici ben adattati all'architettura dei super-computer, permettendo così a questi "laboratori virtuali" di simulare e visualizzare in modo efficiente fenomeni biologici, chimici e fisici altamente complessi.

L'importanza della messa in rete del CSCS va oltre il suo impatto locale: essa è il seme che permetterà di creare in Ticino un "nodo" nella rete nazionale per il calcolo ad alta potenza ("Swiss national strategic plan for high performance computing and networking", HPCN) da attuare attorno al CSCS e attualmente all'esame dell'Autorità federale. Ciò permetterà al Ticino scientifico di collocarsi (e competere) con un forte valore aggiunto nel paesaggio universitario svizzero e favorirà una sua maggiore visibilità sulla scena internazionale. I costi di realizzazione della rete HPCN sono notevoli, ma si tratta di un investimento che mira alla promozione di un settore destinato a crescere esponenzialmente vista l'impossibilità di affrontare e risolvere problemi sempre più complessi con metodi sperimentali tradizionali, troppo onerosi finanziariamente,

troppo lenti, e/o incompatibili con i principi del diritto e/o dell'etica.

Corpo accademico dell'USI nell'anno accademico 2007-08

Professori di ruolo & professori-assistenti

Accademia di Architettura	13	UTP	9.1
Scienze economiche	21	UTP	16.8
Scienze della Comunicazione	16	UTP	14.3
Scienze informatiche	12	UTP	11.6
Totale	62	UTP	51.8

Docenti a contratto annuale

Accademia di Architettura	55	UTP	17.2
Scienze economiche	42	UTP	11.0
Scienze della Comunicazione	98	UTP	16.8
Scienze informatiche	7	UTP	2.0
Totale	202	UTP	47.0

Universität Basel

Hans Amstutz

Nachdem das erste Halbjahr 2007 durch die Etablierung der gemeinsamen Trägerschaft, die Inkraftsetzung des neuen Staatsvertrags und durch den Abschluss der Strategieentwicklung gekennzeichnet war, stand das zweite Halbjahr – und damit das Herbstsemester 2007 – im Zeichen von ersten Umsetzungsmassnahmen der auf die Jahre 2007-13 bezogenen Universitätsstrategie.

Strategische Raum- und Bauplanung

Ein für die Universität zentrales Element stellt die Umsetzung der Raumstrategie dar. Im Herbstsemester 2007 waren an der Universität Basel insgesamt 11'207 Studierende immatrikuliert, womit ein neuer Höchststand zu verzeichnen war. Innerhalb fünf Jahren, d.h. seit dem Wintersemester 2001/02, hat die Zahl der Studierenden um 46 % zugenommen, wobei die Philosophisch-Historische Fakultät mit 3'034, die Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät mit 2'381 und die Medizinischen Fakultät (inklusive Sport) mit 2'016 die meisten Immatrikulierten aufweisen. Dieses im schweizerischen Vergleich überproportionale Wachstum hat mittlerweile in einigen Bereichen akuten Platzmangel zur Folge. In Kombination mit der Implementierung der gemeinsamen Trägerschaft – im September 2007 wurde eine bikantonale Projektorganisation für das Vorantreiben der kantonalen Investitions-

entscheide bzgl. Infrastrukturen der Universität eingerichtet – hat diese Mangelsituation eine Dynamisierung der strategischen Standortplanung bewirkt.

Das seit langem als zusätzlicher Universitätsstandort gehandelte Schällemätteli-Areal in unmittelbarer Nachbarschaft zum Bio-/Pharmazentrum und zum Universitätsspital wurde im Herbst 2007 von den beiden Trägerkantonen einvernehmlich als künftiger Standort der Life-Sciences-Einheiten sowie des D-BSSE der ETH Zürich festgelegt. Ein Raum- und Funktionenprogramm für das Schällemätteli-Areal ist derzeit in Ausarbeitung. Am Volaplatz werden die exakten Naturwissenschaften und die Informatik räumlich zusammengefasst; auch an diesem Standort soll ein noch zu bestimmendes Institut der ETH sowie das Friedrich-Miescher-Institut der Novartis in enger Vernetzung mit der Universität angesiedelt werden. Nachdem seit der Eröffnung des Pharmazentrums im Jahr 1998 die Universität keine für sie konzipierten Neubauten mehr in Nutzung nehmen konnte, sollen an den beiden Standorte Schällemätteli und Volta innert weniger Jahre zwei neue Universitätsgebäude entstehen.

Der neue Universitätscampus am Bahnhof SBB wird derweil ausgebaut. Nachdem im Sommer 2006 schon die Juristische Fakultät ihr neues Domizil im Jacob-Burckhardt-Haus bezogen hat, werden auf Anfang 2009 Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Basel und des Schweizerischen Wirtschaftsarchivs das derzeit in Bau befindliche Nachbarhaus beziehen. Der Bahnhof-Campus der Universität mit der Juristischen und der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ist mit Mietlösungen vorerst auf zehn Jahre angelegt.

Nach einer umfassenden Renovation der bisher von den Juristen genutzten Räumen konnte am 17. Dezember 2007 das neue Romanische Seminar an der Maiegasse offiziell eröffnet werden, in dem die Französisistik, die Italianistik und die Iberoromanistik, zusammen mit der Orientalistik unter einem gemeinsamen Dach zusammengeführt wurden. Dies entspricht der universitären Raumstrategie für die Geisteswissenschaften, die mittelfristig im Gebiet des Petersplatzes konzentriert werden sollen.

Revision von Ordnungen/Reglementen

Ebenfalls als Folge des neuen Universitätsvertrags müssen die rechtlichen und organisatorischen Grundlagen der Universität gemäss den Vorgaben des Staatsvertrags angepasst werden.

Auf Januar 2008 bereits in Kraft setzen konnte der Universitätsrat das neue Unistatut, d.h. das Organisationsreglement der Universität. Derzeit in Überarbeitung befinden sich derzeit noch die Personal- und die Gehaltsordnung sowie die Ordnung für das Wissenschaftliche Personal.

Am aufwändigsten und schwierigsten gestaltet sich die Neuregelung der Pensionskasse für die Angestellten der Universität. Zu den Auflagen des Kantons Basel-Landschaft im Hinblick auf die gemeinsame Trägerschaft gehörte u.a., dass die Kosten für die PK-Versicherung der Universitätsangehörigen maximal so hoch sein dürfen wie jene der basellandschaftlichen Staatsangestellten. Die vom Universitätsrat eingesetzte paritätische Kommission hat mittlerweile einen Lösungsvorschlag ausgearbeitet, der unterschiedliche Leistungspläne für die befristet Angestellten (Beitragsprimat) und die unbefristet Angestellten (Leistungsprimat) vorsieht. Die ursprünglich vorgesehene Überführung auf Anfang 2008 liess sich aus verschiedenen Gründen nicht termingerecht realisieren. Im Übergangsjahr 2008 sind die noch offenen Fragen zu klären, per Anfang 2009 muss die neue Vorsorgelösung umgesetzt sein.

Akademische Entwicklung

Auch die akademische Entwicklung ist massgeblich von der im Mai 2007 verabschiedeten Universitätsstrategie 2007-13 gekennzeichnet. Die der Universität aufgrund der höheren kantonalen Globalbeiträge zur Verfügung stehenden Mittel wurden in einem Verfahren vergeben, bei der die Strategierelevanz ein massgebliches Kriterium war. Erhebliche Budgetaufstockungen wurden z.B. der Medizinischen Fakultät für die Bereiche Biomedizinische Wissenschaften und Public Health zugewiesen, der Philosophisch-Historischen Fakultät für Ausbaumassnahmen bei der Afrikanistik und der Medienwissenschaft, der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät für Massnahmen in der Nanophysik, den Computational Sciences/Bioinformatikl.

Im Herbstsemester 2007 wurden die Richtlinien für die Schaffung von Kompetenzzentren ausgearbeitet; bis Ende 2008 sollen drei Kompetenzzentren eingerichtet sein. Am weitesten fortgeschritten ist die Planung bei den African Studies, begünstigt durch die der Universität Basel von der BFI-Botschaft 2008-11 zugesprochenen Leading House-Funktion für die bilaterale Zusammenarbeit Schweiz-Südafrika. Thematisch erstreckt sich dieses künftige Kompetenzzentrum, dem das Schweizerische Tropeninstitut Basel assoziiert ist, über die Bereiche öffentliche Gesundheit und Biomedizin, Bio- und Nanotech-

nologie sowie Geistes- und Sozialwissenschaften.

Unterstützt und gefördert werden solche interdisziplinären, primär auf die Forschung ausgerichteten bottom-up-Initiativen an der Universität Basel künftig durch einen Forschungsfonds, der erstmals für die Jahre 2008 und 2009 mit einem Betrag von je 1 Mio. CHF geöfnet wurde. Über die Vergabe der Mittel entscheidet das Rektorat auf Antrag der Forschungs- bzw. Nachwuchsförderungskommission.

Universitätsjubiläum 2010

Im Jahr 2010 wird die Universität Basel 550 Jahr alt. Im Verlauf des Herbstsemesters wurde vom Rektorat im August 2008 ein Konzept für diesen Anlass ausgearbeitet, der primär zukunftsgerichtet begangen werden und Verständnis bzw. Engagement für die Wissenschaft in der Region fördern soll. Von Oktober bis Dezember 2007 waren alle Angehörigen der Universität aufgerufen, im Rahmen eines Wettbewerbs Ideen für die Gestaltung des Festjahrs einzugeben.

Der Dialog zwischen Universität und Öffentlichkeit ist in Basel bereits institutionalisiert: Mit dem „café scientifique“ wurde schon im Jahr 2007 eine Begegnungsstätte und ein Diskussionsforum zwischen Universität und Öffentlichkeit eingerichtet. Im September 2008 wird die Universität anlässlich einer nächsten „UniNacht“ die interessierte Öffentlichkeit in ihre Hörsäle einladen. Und der Universitätsrat hat mit der Einrichtung eines Jubiläumsfonds 2010 eine Initiative ergriffen, die der Universität über das Jubiläumsjahr hinaus ausserordentliche Mittel für die Finanzierung von besonders innovativen Projekten in Lehre und Forschung zur Verfügung stellen soll.

Universität Bern

Christoph Pappa

Umsetzung der universitären Strategie

Nachdem Ende 2006 die Strategie 2012 vom Senat verabschiedet worden war, begann im vergangenen Jahr deren Umsetzung. Die Arbeit an diesem zentralen Projekt verlief im Wesentlichen auf zwei Schienen: Optimierung der internen Steuerung der Universität und Beginn der Implementierung von gesamt-universitären Schwerpunkten. Was die interne Steuerung der Universität betrifft, so konnten mit allen Fakultäten vierjährige Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Ein neues Mittelverteilungsmodell, welches auf entsprechenden Leistungs-

kriterien beruht, ergänzt das Steuerungsinstrument der Mehrjahresplanung. Der Senat hat diese für die Jahre 2008/2011 überarbeitet und in Kraft gesetzt.

Was die gesamtuniversitären Schwerpunkte angeht, so wurden verschiedene Massnahmen ergriffen, um die in der Strategie definierten Schwerpunkte zu stärken oder deren Funktionieren überhaupt erst zu ermöglichen, so namentlich:

- Das schon seit einiger Zeit bestehende Kompetenzzentrum für Public Management (KPM) wurde stark ausgebaut. Als interfakultäre Einheit ist es der Zusammenarbeit zwischen den Disziplinen Recht, Ökonomie und Politikwissenschaft verpflichtet. Kernprodukt des KPM ist nach wie vor ein Nachdiplomstudiengang mit Masterdiplom (MPA). Zu den Forschungs- und Beratungsbereichen des Zentrums gehören Corporate Governance, Public Private Partnership, Justizreformen, Verwaltungsreformen, Change Management und Führung im öffentlichen Sektor, Gemeindefusionen etc. Das KPM wirkt ebenfalls an dem von den Universitäten Genf, Lausanne, Neuenburg, der USI, Bern und dem Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung (IDHEAP) gemeinsam angebotenen Master in Public Management und Politik mit.

- Um ihre Position auf dem Gebiet der Medizintechnologie nachhaltig zu stärken, hat die Universität Bern das Artificial Organ Center for Biomedical Engineering Research (ARTORG Center) gegründet. Das an der Medizinischen Fakultät angesiedelte ARTORG Center ist in der interdisziplinären Forschung, Lehre und Entwicklung mit speziellem Fokus auf künstliche Organe tätig. Im neuen Zentrum arbeiten Forschungsgruppen aus Einheiten der Medizinischen Fakultät sowie anderen Fakultäten. Aufbau und Durchführung des wissenschaftlichen Programms des Zentrums sollen durch 11 neu geschaffene Assistenzprofessuren gesichert werden. Die medizinische Forschung und Entwicklung wird auf der Basis einer engen Zusammenarbeit zwischen Kliniken, der Medizintechnikindustrie und andern Schweizer Technologie - Institutionen betrieben. Es besteht zudem eine enge Kooperation mit der Berner Fachhochschule.

- Im Herbst wurde das «Oeschger Centre for Climate Change Research» gegründet. Die Universität Bern ist bereits heute Sitz des Nationalen Forschungsschwerpunkts Klima, der durch das Oeschger Zentrum verstärkt und mittelfristig

abgelöst werden soll. Das Oeschger Center soll zu einem der führenden Klimaforschungszentren mit internationaler Ausstrahlung werden. Es wird sich im breitgefächerten Feld der Klimawissenschaften klar positionieren müssen. Neben der Fortführung der Studien zum besseren Verständnis der interaktiven Komponenten des Klimasystems und der Erforschung der langfristigen Klimaentwicklung sollen die Interaktionen der Klimaveränderung mit Wirtschaft und Gesellschaft gezielt studiert werden. Dabei geht es unter anderem um den Umgang mit Extremereignissen, um die ökonomischen Auswirkungen von klimapolitischen Massnahmen, oder um internationales Recht im Zusammenhang mit dem Kyoto Protokoll.

Qualitätssicherung und -entwicklung

Das Jahr 2007 wurde auch geprägt durch die Implementierung eines gesamtuniversitären Systems für Qualitätssicherung und -entwicklung (QSE). Diesem System liegt eine Qualitätsstrategie zugrunde, welche sich auf die Strategie 2012 der Universität, den Leistungsauftrag des Kantons und die Leistungsvereinbarungen der Universitätsleitung mit den Fakultäten bezieht. Das QSE-System soll die relevanten Informationen für die Steuerungsverantwortlichen und Entscheidungsgremien bereitstellen. Es liefert beispielsweise qualitative und quantitative Informationen, welche bei der Mittelverteilung, bei Richtungsentscheiden in Lehre und Forschung (Profilbildung, Setzen von Entwicklungsschwerpunkten) und bei der Personalentwicklung (Berufungen, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) benötigt werden.

Bauliche Entwicklung der Universität

Stetig steigende Studierendenzahlen und rasche Innovationszyklen der Forschungsgebiete treiben den Bedarf an flexibel nutzbaren und in genügender Menge und Qualität vorhandenen Räumen. Die Langfristigkeit von Bauprojekten und die nach wie vor angespannte Lage beim kantonalen Investitionsbudget erschweren die Bereitstellung dieser wichtigen Ressourcen. Deshalb verfügt die Universität seit einigen Jahren über die so genannte „Entwicklungsstrategie 3012“, in welcher vier strategische Schwerpunkte gemeinsam mit der Bau- und der Erziehungsdirektion kontinuierlich umgesetzt werden; 2007 konnten weitere wichtige Schritte gemacht werden, vor allem beim Schwerpunkt hintere Länggasse: Am 30. Januar 2007 hat der Grosse Rat den Ausführungskredit von rund CHF 230 Mio. für die Realisierung der ersten Etappe des Hochschulzentrums Von Roll genehmigt: Die Philosophisch-

Humanwissenschaftliche Fakultät, das Departement Sozialwissenschaften, die Pädagogische Hochschule sowie das zentrale Speichermagazin der universitären Bibliotheken werden im Von Roll geeignete Räumlichkeiten erhalten. Im Juni erteilten die Baubehörden die definitive Baubewilligung, so dass mit den Bauarbeiten anfangs November begonnen werden konnte. Dieser Meilenstein wurde mit dem öffentlichen Anlass „Schichtwechsel“ am 2. November gebührend gefeiert. Bereits 2010 soll das Hörraumzentrum mit sieben Hörsälen (der grösste davon mit 500 Plätzen) zur Verfügung stehen; die Institutsräume werden nach heutigem Planungsstand im Herbst 2013 bezogen.

Einrichtung von Graduate Schools

In eine neue Phase getreten ist die organisatorische und finanzielle Förderung der Einrichtung von Graduate Schools an der Universität Bern. Die Feuertaufe bereits bestanden hat die "Graduate School for Cellular and Biomedical Sciences"; sie will die Zahl der teilnehmenden PhD-Studierenden in den nächsten Jahren von über 100 auf rund 400 steigern. Im letzten Jahr haben sich zudem 17 Klimaforschende als Pioniere für den ersten PhD-Studiengang an der neuen "Graduate School of Climate Sciences" eingeschrieben. Zielgrösse ist hier die Teilnahme von 15 bis 20 Personen. Neu wurde 2006 das "Karman Center for Advanced Studies in the Humanities" eingerichtet. Das Zentrum fördert die Bildung von Arbeitsgruppen aus Doktorierenden und PostDocs in interdisziplinären Projekten in den Geisteswissenschaften und will künftig unter anderem Doktoratsprogramme entwickeln. Die "Graduate School for Health Sciences" befindet sich in fortgeschrittener Planung, ebenso die Graduate School of Computer Science Bern - Fribourg - Neuchâtel.

Haus der Universität

Im Gebäude der ehrwürdigen Kochervilla betreibt die «Stiftung Haus der Universität» seit 20 Jahren ein repräsentatives Zentrum universitärer Begegnung und eine Stätte des Gesprächs über die Fach- und Fakultätsgrenzen hinweg. Nach einer sanften Renovation wurde im Oktober 2007 das «Haus der Universität HdU» wieder eröffnet. Die Hochschulstiftung der Burgergemeinde Bern hat mit ihrer grosszügigen Unterstützung ermöglicht, insbesondere das Obergeschoss und die sanitären Anlagen den heutigen Anforderungen anzupassen und die Attraktivität der Villa weiter zu steigern. Neu steht das HdU auch universitäts-externen Gästen zur Verfügung.

Universität Freiburg

Daniel Schönmann

Ein herausragendes Ereignis war im Herbstsemester 2007 zweifellos die Schenkung von Dr. h.c. Adolphe Merkle an die Universität Freiburg in Höhe von 100 Millionen Franken. Diese Summe ermöglicht den starken Ausbau der an der Universität Freiburg seit den 1980er Jahren erfolgreich betriebenen interdisziplinären Materialforschung durch die Gründung des Adolphe-Merkle-Instituts für Natomaterialien sowie die Entwicklung weiterer strategischer Schwerpunkte der Universität, namentlich die Mehrsprachigkeitsforschung und das Innovationsmanagement. Ebenfalls Teil der Schenkung ist die Stiftung eines Preises der Universität Freiburg, der zweijährlich verliehen werden wird.

Forschung

Im Bereich der Forschung zeugte in der Berichtsperiode eine Reihe von Auszeichnungen von der Exzellenz der wissenschaftlichen Arbeit an der Alma mater friburgensis. So gehörte der Biochemiker Professor Martin Albrecht zum kleinen Kreis der Gewinner eines Starting Grants des European Research Council. Dem Nachwuchsforscher Dr. Gregor Rainer wurde ein European Young Investigator Award von der European Science Foundation zugesprochen. Die Forschungsgruppe um Professor Raphael Berthele wurde durch die Oertli Stiftung für ihre Forschungen im Bereich der Mehrsprachigkeit ausgezeichnet.

Lehre

Die Universität Freiburg konnte auf den Beginn des Herbstsemesters 2007 eine Reihe neuer, attraktiver Studienangebote starten:

Master of European Business, das erste Angebot des künftigen Zentrums für Europastudien, der Start dieses Programmes wurde durch Schenkungen der Unternehmen Richemont und Liebherr ermöglicht.

Master in Public Economics and Public Finance, ein internationales Programm in Zusammenarbeit mit den Universitäten Rennes, Frankreich und Tampere, Finnland.

Master in Accounting and Finance, gemeinsam mit der Universität Bern

Den Master in Mehrsprachigkeitsforschung- und -didaktik des neuen Departements für Mehrsprachigkeitsforschung und Fremdsprachendidaktik.

Den Master in Medien- und Kommunikationswissenschaft

Den Bachelor in Sport und Bewegungswissenschaft

Das Bachelor- und Masterprogramm „Studium des Christentums und der Religionen“

Ausserdem konnte die Universität Freiburg, die als einzige zweisprachige Universität der Schweiz eine besondere Mission und Verantwortung hat, das Pilotprojekt Bilingue plus mit der Verleihung der ersten Diplome erfolgreich abschliessen und dieses anspruchsvolle Zusatzprogramm für Studierende der Rechtswissenschaft definitiv im Angebot der Universität verankern.

Infrastrukturen

Im Bereich der Infrastrukturen wurden die Vorarbeiten für wichtige Sanierungen im Universitätshauptgebäude Miséricorde in Angriff genommen: Bis in einem Jahr werden die Raum- und Arbeitsbedingungen in der Rechtsbibliothek, aber auch in den Historischen und Theologischen Bibliotheken nachhaltig verbessert. Auch die beliebte Mensa Miséricorde wird saniert und erneuert zur Verfügung stehen. Die Sanierung der Bibliotheken am Standort Miséricorde kann aber nur ein Zwischenschritt hin zu einem weiteren Entwicklungsschritt der universitären Infrastruktur sein: In der Berichtsperiode führte die Universität umfassende Bedarfsabklärungen für einen Neubau auf dem Grundstück „Tour Henri“ direkt neben dem Hauptgebäude Miséricorde durch, dieses Projekt verfolgt insbesondere das Ziel, der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, die als zweitgrösste Juristische Fakultät der Schweiz in intensivem Wettbewerb steht, einen neuen Mittelpunkt zu schaffen.

Université de Genève

Vincent Monnet

L'Université de Genève accueille plus de 13'300 étudiantes et étudiants, auxquels elle offre une large palette de formations de base et avancées dans le cadre du nouveau système de Bologne. Elle est l'hôte de trois Pôles de recherche nationaux (Frontiers in Genetics, MaNEP, Sciences Affectives), membre de plusieurs réseaux universitaires nationaux et internationaux et est active dans de nombreux programmes (PCRD, COST, SCOPES, etc.) et organisations de recherche européennes (CERN, ESA, ESO, EMBO, etc.). Ce dynamisme scientifique la fait figurer parmi les meilleures universités européennes dans tous les classements mettant en valeur la productivité scientifique. Outre ses activités de formation et

de recherche, elle rend de nombreux services à la Cité, en accueillant par exemple 9'000 participants dans ses 210 programmes de formation continue.

Le second semestre de l'année 2007 a d'abord et surtout été marqué par l'arrivée d'un nouveau rectorat. Conduite par le professeur Jean-Dominique Vassalli, la nouvelle équipe a pris ses fonctions le 15 juillet. Elle est composée de trois vice-recteurs, la professeure Anik de Ribaupierre, le professeur Yves Flückiger et le professeur Pierre Spierer, ainsi que des professeurs. Jean-Louis Carpentier et Christian Bovet, qui officient en tant que doyens-associés au sein du rectorat. Les principaux axes de sa politique pour les quatre prochaines années sont une Université polyvalente, gérée avec rigueur, et à même d'opérer des choix pour privilégier des domaines de recherche prioritaires (sciences de la vie, sciences physiques, environnement, sciences affectives et neurosciences, sciences historiques, finances).

Dans le cadre de la consultation sur le projet de nouvelle loi pour l'Université, le Rectorat a, sur la base d'une large consultation, fait état d'une appréciation positive du projet. Adopté par le Conseil d'Etat en août 2007, ce projet donne à l'Université les bases légales garantissant son autonomie et une meilleure gestion de l'institution. Le rectorat a aussi lancé la définition d'un plan stratégique, basé sur les principaux axes de sa politique. Un certain nombre d'objectifs et d'indicateurs découlent de cette stratégie et figureront dans la convention d'objectifs qui devra formaliser le mode de collaboration entre l'Etat et l'Université.

L'adoption de ce projet de loi par le Grand Conseil devrait intervenir dans le courant 2008.

Faits marquants du second semestre 2007

30 juillet: Après avoir démontré la réversibilité des changements induits par la cocaïne au niveau de la zone cérébrale impliquée dans la perception de la récompense, l'équipe du professeur Christian Lüscher (Faculté de médecine) révèle le mécanisme moléculaire permettant de restaurer une communication normale entre les cellules de souris exposées à la drogue.

24 août: En réussissant à intriquer des photons provenant de deux sources totalement autonomes, l'équipe du professeur Nicolas Gisin (Faculté des sciences) franchit une nouvelle étape vers la téléportation quantique.

3-15 septembre: En partenariat avec le festival de la Bâtie, l'Université explore les multiples facettes de l'art du discours. Au programme : un spectacle sonore inédit («Discours en boîte»), un concours, des présentations publiques, un film, des émissions de radio et de télévision.

11 septembre: Devant une salle comble, Mary Nichols, responsable de la politique environnementale de l'Etat de Californie donne le ton de la rentrée académique en présentant sa vision des défis environnementaux que devront relever les pays industrialisés au cours du XXI^e siècle.

20 septembre: Inauguration de l'Académie de droit international humanitaire et des droits humains, structure placée sous la responsabilité conjointe de la Faculté de droit et de l'Institut des Hautes études internationales et du développement, en présence de Micheline Calmy Rey, conseillère fédérale en charge du Département fédéral des affaires étrangères.

24 septembre: Publication des résultats de l'enquête «Etudiants 2006», étude effectuée auprès de 1600 étudiants, qui montre notamment que 90% des usagers de l'UNIGE se disent globalement satisfaits de leurs études.

4 octobre: Le climatologue Martin Beniston publie les résultats d'une importante étude qui montre que les saisons exceptionnelles que nous venons de vivre en Suisse sont très proches de celles que nous expérimenterons de manière répétée dans le climat plus chaud des décennies à venir.

12 octobre: L'Unité d'interprétation de l'ETI organise un cours d'interprétation simultanée à distance en temps réel impliquant l'Ecole supérieure d'interprètes et de traducteurs de Paris, l'Université de Graz et le Parlement européen.

21 octobre: Première mondiale lors des élections fédérales à Genève : la ligne reliant l'espace de dépouillement d'Uni Mail à son centre de données des Acacias est sécurisée par cryptographie quantique grâce à un procédé mis au point par id Quantique, spin-off issue de l'Université

26 novembre: Né du regroupement de l'Institut universitaire des hautes études internationales (IUHEI) et de l'Institut universitaire d'études du développement (IUED), L'Institut de hautes études internationales et du développement (IHEID) prend son envol.

16 novembre: Lauréat du Prix Nobel de physique 2007, Albert Fert est l'hôte du pôle MaNEP, consacré à la recherche sur les nouveaux maté-

riaux électroniques, dans le cadre d'un colloque autour de la spintronique.

23 novembre: l'UNIGE, l'Institut Suisse de Bioinformatique et Microsoft-recherche annoncent le lancement d'un projet de recherche commun visant à prédire les incompatibilités médicamenteuses.

5 décembre: SystemsX.ch, regroupement des universités de Genève, Lausanne, Bâle et Zurich, et des deux Ecoles polytechniques fédérales, présente à Berne un programme visant à donner un leadership à la Suisse dans le domaine biologie systémique.

18 décembre: La Commission européenne signe le premier contrat du 7e Programme-cadre de recherche avec l'Université de Genève pour la coordination du projet GENICA (prof. Thanos Halazonetis, Faculté des sciences). Le projet porte sur les mécanismes d'instabilité génomique et ses implications dans le développement de la maladie du cancer. Il implique 11 partenaires de 8 pays européens.

18 décembre: Le Centre de vaccinologie se voit attribuer un subside de 1,3 million de francs par la Fondation Bill & Melinda Gates. Cette somme permettra d'offrir chaque année pendant quatre ans une formation en vaccinologie à des responsables de santé publique de pays en développement.

Université de Lausanne

Marc de Perrot

Le fait le plus saillant du semestre d'automne 2007 est le passage du cap symbolique des 11'000 étudiants immatriculés à l'Université de Lausanne. Plus précisément, ce sont 11'062 étudiants qui étaient immatriculés à l'UNIL au semestre d'automne 2007, ce qui représente une croissance de 3.4% par rapport à l'année précédente.

La réforme des études conforme au processus de Bologne implique que les étudiants peuvent choisir à deux reprises de s'inscrire à l'UNIL, au début de leurs études universitaires et au début du master. Parmi les 803 nouveaux étudiants qui se sont inscrits dans un cursus de master à l'UNIL en septembre 2007, 39% provenaient d'autres universités suisses ou étrangères. Ceci

est un signe particulièrement réjouissant de l'attractivité de l'UNIL.

La rentrée a également marqué l'ouverture de l'ensemble des cursus Bologne, soit 15 Bachelors et 26 Masters cohérents. Fait digne d'être souligné et significatif de la volonté stratégique de l'UNIL de développer les collaborations: 9 de ces masters sont réalisés conjointement avec des institutions partenaires.

Le 11 septembre, 40 nouveaux professeurs, dont 10 femmes, ont été reçus à l'UNIL dans le cadre de la traditionnelle cérémonie d'accueil organisée par la Direction et les Doyens. Ainsi, l'objectif d'accueillir chaque année 25% de femmes parmi les nouveaux professeurs est atteint pour 2007.

Pour la deuxième fois depuis l'introduction de la Loi sur l'Université en 2005, les membres du Conseil de l'Université ont été élus, chacun par le corps et la faculté qu'il représente. Lors de la séance constitutive de septembre, le Conseil s'est choisi un nouveau président en la personne du Professeur Jean-Pierre Dauwalder (SSP). Le nouveau Conseil s'est d'emblée mis au travail pour assumer ses responsabilités légales et contribuer au débat nécessaire à la gestion de l'Université.

L'équipe de Direction entrée en fonction en septembre 2006 conduit son action en suivant le plan stratégique qu'elle a préparé pour l'UNIL pour la période 2007-2011. Ce plan stratégique pluriannuel rappelle les valeurs chères à l'Université et fixe sept objectifs prioritaires et quatre chantiers. Pour la Direction, il est la référence qui l'aide à prendre ses décisions courantes et lui donne les impulsions nécessaires à mettre en œuvre un certain nombre de projets, qui permettront de poursuivre la modernisation de l'UNIL. Ce plan stratégique avait été adopté à l'unanimité par le Conseil de l'Université le 18 janvier 2007, et a ainsi acquis une forte légitimité interne. Son adoption politique est en bonne voie puisqu'au mois de novembre 2007, le Conseil d'Etat vaudois a fait siens tous les objectifs du plan stratégique et l'a transmis au Grand Conseil vaudois qui devrait lui donner une ultime validation au printemps 2008.

Le plan stratégique distingue l'Université de Lausanne en dessinant un profil centré sur l'Homme et le vivant dans leur environnement naturel et social. Cette caractéristique distinctive est maintenant bien reconnue et porte ses fruits: cette forte volonté de développer les sciences humaines et sociales a été un élément déterminant du choix du Secrétariat d'Etat à l'éducation et à la

recherche d'octroyer à l'UNIL, en juin 2007, le mandat de regrouper à Lausanne les infrastructures de recherche en sciences sociales et politiques situées actuellement à Neuchâtel et à Zürich. Ce mandat a été réalisé dans des délais extrêmement court, puisque la Fondation suisse pour la recherche en sciences sociales (FORS) a été constituée le 27 septembre 2007.

La nouvelle Fondation suisse pour la recherche en sciences sociales (FORS) a pour vocation de regrouper au sein d'une même structure d'importantes sources de données et enquêtes scientifiques sur la population suisse. Centre de prestations au service de la communauté scientifique suisse et internationale, FORS permettra par exemple aux chercheurs de mieux comprendre l'évolution de la société suisse, les motivations des électeurs ou les opinions des citoyens sur des sujets aussi centraux que le travail, l'environnement ou la vie sociale. FORS mènera par ailleurs des recherches de nature méthodologique afin d'améliorer les outils des sciences sociales dans la récolte et l'utilisation des données. Elle collaborera étroitement avec des hautes écoles suisses, l'Office fédéral de la statistique (OFS) et les grands projets internationaux dans le domaine des sciences sociales. FORS sera dotée d'un budget de quelque six millions de francs par an provenant de la Confédération, du Fonds national suisse et de l'Université de Lausanne. Afin de renforcer encore davantage la nouvelle position ainsi acquise, l'UNIL lance par ailleurs un nouveau laboratoire consacré à la méthodologie d'enquête et au changement social en Suisse. Rattachée à la Faculté des sciences sociales et politiques, cette nouvelle unité de recherche collaborera étroitement avec FORS et renforcera ainsi les liens entre cette dernière et la recherche académique.

Les sciences humaines ont été particulièrement à l'honneur en 2007, comme l'illustre finalement la nomination du Professeur Thomas Römer (Faculté de théologie et de sciences des religions) à la chaire intitulée « Milieux bibliques » du Collège de France. Le Professeur Römer assumera son nouveau mandat auprès de cette prestigieuse institution tout en maintenant une partie de ses activités à l'UNIL. Cette flatteuse nomination vient consacrer une brillante carrière et apporter une preuve supplémentaire de l'excellence de l'enseignement et de la recherche de l'UNIL en sciences humaines.

Universität Luzern

Markus Vogler

Baubeginn neues Universitätsgebäude

Im Postbetriebsgebäude in Luzern wurden am 10. Dezember 2007 offiziell die Umbauarbeiten zum neuen Hauptgebäude der Universität und der Pädagogischen Hochschule gestartet. Die neue Bildungsstätte wird im Jahr 2011 sein.

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey am 18. Oktober 2007 an der Universität Luzern

Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey hat im Rahmen der ersten Jahreskonferenz des akademischen Netzwerks «UNO Academia» einen Vortrag zum Thema „Fünf Jahre Schweiz in der UNO – Bilanz und Perspektiven“ gehalten.

2007 feierte die Schweiz fünf Jahre Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen. Zu diesem Anlass sowie anlässlich der Gründung des akademischen Netzwerks «UNO Academia» diskutierten die Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey und ausgewählte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und politischer Praxis über die bisherige und künftige Rolle der Schweiz innerhalb der UNO. Dem einleitenden Vortrag von Frau Calmy-Rey folgte ein öffentliches Podiumsgespräch, an dem Nationalrätin Pascale Bruderer und Botschafter Peter Maurer, Vertreter der Schweiz bei den Vereinten Nationen, teilnahmen.

Luzerner Jus-Professoren lehrten europäisches Recht in Litauen

Im Rahmen des von der Gebert Rűf Stiftung unterstützten Kooperationsprojekts Swiss Baltic Net Programm mit der Mykolas Romeris Universität in Vilnius, Litauen, lehrten fünf Luzerner Professoren der Rechtswissenschaftlichen Fakultät Luzern in Vilnius.

Die fünf Professoren hielten jeweils während drei Tagen Vorlesungen zu verschiedenen Rechtsthemen. Dabei wurden sie begleitet von Assistentinnen und Assistenten und dem Juristen Tadas Zukas, der von der Universität Luzern angestellt ist, aber in Vilnius Rechtswissenschaft studiert und das Anwaltspatent erworben hat. In der Regel wurden die Vorlesungen in Zusammenarbeit mit einem Professor von der Mykolas Romeris Universität (MRU) durchgeführt. Vor und nach der Vorlesung wurden Treffen mit einheimischen Professorinnen und Professoren und anderen Juristen (Anwälte, Beamten, Richter, etc.) organisiert. Diese fanden in den entsprechenden Institutionen (Gerichte, Kanzleien, Parlament, Regierung, etc.) statt, so dass alle

Beteiligten die Möglichkeit hatten, die Menschen und Institutionen besser kennen zu lernen.

Neuer Studiengang Master of Theology in Secondary Education Religion und Lehrdiplom für Maturitätsschulen in Religionslehre

Der Studiengang wird erstmals ab dem Herbstsemester 2007 angeboten. Es kann ein auf die Anforderungen des gymnasialen Unterrichtsfachs Religionslehre abgestimmter Masterabschluss, verbunden mit dem Lehrdiplom für das höhere Lehramt, erworben werden.

Das Studienangebot ist an der Theologischen Fakultät angesiedelt und wird in Zusammenarbeit mit dem Institut für Religionswissenschaften der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und der Pädagogischen Hochschule Luzern angeboten. Es umfasst 120 Credits (ECTS) für den Master und 60 Credits für das Lehrdiplom. Zum Studiengang MTh in Secondary Education Religion (Religionslehre) und zum Lehrdiplomstudium wird zugelassen, wer einen Bachelorabschluss in katholischer, christkatholischer oder evangelischer Theologie, in Religionswissenschaften oder im integrierten Studiengang Kulturwissenschaften der Universität Luzern mit Major Religionswissenschaften besitzt.

Université de Neuchâtel

Roland Ruedin

Résumé

L'Université de Neuchâtel nomme à sa tête une rectrice et redéploie sa Faculté des sciences.

Nouvelle rectrice

Le 15 janvier 2008, le Conseil d'Etat a nommé Mme Martine Rahier, 53 ans, en qualité de rectrice de l'Université de Neuchâtel. Mme Martine Rahier succédera, le 1er août 2008, à M. Jean-Pierre Derendinger, recteur ad intérim depuis février 2007, lui-même successeur de M. Alfred Strohmeier.

Mme Martine Rahier, de nationalité belge, est notamment titulaire d'un diplôme d'ingénieur agronome de l'Université Libre de Bruxelles (1977), d'un doctorat es sciences de l'Université de Bâle (1983) et d'une habilitation en écologie de l'Université de Zurich (1993).

Depuis 1994, Mme Martine Rahier enseigne l'écologie animale et l'entomologie à l'Université de Neuchâtel. De plus, depuis 2001, elle dirige le

Pôle de recherche national « Survie des plantes », piloté depuis Neuchâtel, réseau qui regroupe 200 personnes environ sur 12 sites avec un budget total de 33 millions de francs pour la période 2005-2009. Doyenne de la Faculté des sciences de 2003-2005, elle a mis en place les nouveaux plans d'étude adaptés aux directives de Bologne. Elle est actuellement vice-directrice de l'Institut de biologie.

Mme Martine Rahier, auteure de nombreuses publications, directrice d'un grand nombre de thèses, siège dans plusieurs commissions universitaires, tant nationales qu'internationales, ainsi que dans différents conseils scientifiques et conseils de fondation sur le plan national et international. Elle a été distinguée en 2005 par le Prix de la Fondation pour le rayonnement de Neuchâtel et en 2006 par le Prix de la Fondation Doron, à Zoug.

Elue à une très forte majorité par les Conseils compétents de l'Université, elle jouit d'une grande confiance de ses pairs. Le Conseil d'Etat l'a considérée en parfaite adéquation avec le mandat d'objectifs 2005-2008 défini par lui.

Redéploiement de la Faculté des sciences

Pour assurer son avenir, la Faculté des sciences adapte ses structures, notamment en mettant l'accent sur la coopération et l'innovation. Le transfert à l'Université de Lausanne de deux groupes de géologie et la reprise par l'Université de Berne de trois groupes de physique des particules sont bien avancés. Ils permettent de libérer un budget important qui sera réinvesti en priorité dans le redéploiement de cette faculté, qui repose sur deux axes :

Le premier concerne l'hydrogéologie, y compris la création d'un groupe de géothermie. Ce domaine original de l'Université de Neuchâtel sera renforcé notamment en matière d'enseignement et de recherche.

Le second concerne la biologie, dont les effectifs sont les plus nombreux et qui comprend le Pôle de recherche national « Survie des plantes » de la nouvelle rectrice.

Ces domaines forts s'appuieront sur un socle de sciences de base et sur l'Institut de mathématiques.

La mesure qui a fait le plus parler d'elle est l'intégration, dès 2009, de la microtechnique de l'Université de Neuchâtel à l'Ecole polytechnique

fédérale de Lausanne, tout en la maintenant sur sol neuchâtelois. Cinq laboratoires de l'Institut de microtechnique de l'Université de Neuchâtel (IMT) actifs dans la microtechnique de base et regroupant environ 130 collaborateurs seront ainsi intégrés à l'EPFL, qui en assurera la responsabilité académique. Il s'agit plus particulièrement des laboratoires suivants : « Capteurs, actionneurs et microsystèmes », « Electronique et traitement du signal », « Optique appliquée », « Photovoltaïque et couches minces électroniques » et « Reconnaissance de formes ». Les locaux et les équipements de recherche seront mis gratuitement à la disposition de l'EPFL, qui envisage de renforcer ses activités à Neuchâtel en fonction du développement des infrastructures et des synergies qui s'établiront entre les différentes unités présentes, dans une perspective de valorisation avec l'industrie.

Le Canton de Neuchâtel prévoit un crédit de 50 millions de francs destiné à la construction d'un nouveau bâtiment de microtechnique, devant être érigé à côté du Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique (CSEM). Ce bâtiment regroupera l'ensemble de la microtechnique EPFL neuchâteloise et son expansion. Il permettra aussi de créer des infrastructures communes pour l'EPFL/IMT et le CSEM.

Universität St.Gallen (HSG)

Marius Hasenböhler

Alumni-HSG Beirat und Forschung zur Integration Behinderter initiiert

Die Universität St.Gallen hat im Herbstsemester 2007 mit ihrer Alumni-Organisation den Alumni-HSG Beirat initiiert. Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sollen mit ihrem Wissen, Netzwerk und Engagement die Entwicklung der HSG an der Schnittstelle zur Praxis voranbringen. Zudem will sich die HSG in den nächsten Jahren national und international in der Handicap-Forschung etablieren und damit eine Lücke in der ökonomischen Forschung schliessen.

Entwicklungsschub für die HSG

Die Universität St.Gallen ist für ihre gute Verbindung zur Praxis bekannt. Diese ist jedoch traditionell dezentral organisiert, sei es über die Institute, die Vereine oder die Studentenschaft. Diese fruchtbare Zusammenarbeit mit der Praxis soll nun auf der Ebene von gesamtuniversitären

Projekten ergänzt werden. Aus diesem Grund initiierte die HSG gemeinsam mit ihrer Alumni-Organisation den Alumni-HSG Beirat.

Drei bis vier konkrete Projekte

Der Beirat wurde vom Universitätsrat auf drei Jahre gewählt. Er umfasst 15 Mitglieder und kann künftig noch erweitert werden. Ex officio gehören dem Beirat der Rektor, ein Prorektor, der Präsident der Alumni-Organisation «HSG Alumni» und der Dean der «Executive School of Management, Technology and Law» (ES-HSG) an. Besetzt ist der Beirat mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, viele davon Ehemalige der HSG. Persönlichkeiten wie James Schiro, CEO von Zurich Financial Services, Walter Fust, Direktor der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) oder Otto Ineichen, FDP-Nationalrat und Inhaber der Otto's AG, sollen die Entwicklung der HSG an der Schnittstelle zur Praxis vorantreiben.

Der Beirat soll Projekte anstossen, die einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der HSG leisten. Seine Arbeit bewege sich im Rahmen der strategischen Ziele, wie sie in Vision und Leitbild festgehalten und von Senat und Universitätsrat verabschiedet worden seien, sagt Rektor Ernst Mohr. Diese Leitplanken liessen aber genügend Spielraum, dass der Beirat in Kooperation mit dem Rektorat und dem Vorstand der HSG Alumni aus einer Vielzahl von Möglichkeiten drei bis vier Projekte definieren könne. Dies im Bereich der Gewinnung von Talenten und lebenslangem Lernen, der fokussierten Internationalisierung und der Themenführerschaft auf Gebieten von grosser gesellschaftlicher Relevanz.

Der Beirat

Prof. Dr. Dr. Ann-Kristin Achleitner, Technische Universität München. Raymond J. Bär, Julius Bär Holding AG. Dr. Dr. Ralph Bartel, Travelzoo Inc. Stefan Borgas, Lonza Group Ltd. Walter Fust, DEZA. Dr. Jochen Gutbrod, Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck GmbH & Co. KG. Karl-Erivan Haub, Unternehmensgruppe Tengelmann. Otto Ineichen, Otto's AG. Dr. Romeo Lacher, Credit Suisse Private Banking. Dr. Wolfgang Reichenberger, Inventages Wealth Management Inc. und IVC Americas SA. Monika Ribar, Panalpina World Transport (Holding) Ltd. James J. Schiro, Zurich Financial Services. Dr.-Ing. Peter F. Tropschuh, Audi AG. Franziska Tschudi, Wicor Holding AG. Prof. Dr.-Ing. Jörg Wolle, DKSH Holding Ltd. Mitglieder ex-officio: Rektor Prof. Ernst Mohr, Prof. Dr. Peter Gomez, Dr. Urs Landolf sowie ein Prorektor der HSG. Weitere Infos: www.unisg.ch/beirat.

Zur Integration Behinderter

Die soziale und wirtschaftliche Integration von Menschen mit Behinderung ist ein Thema, dem in der ökonomischen Forschung noch bei weitem nicht die Bedeutung zukommt, die es aufgrund seiner gesellschaftlichen Relevanz verdient. Um diese Lücke zu schliessen, will sich die Universität St.Gallen in den nächsten Jahren dank einer grosszügigen Zuwendung im Bereich der Handicap-Forschung etablieren.

«Von Schicksalsschlägen getroffen»

«Wir sind froh und stolz, dass wir einen praktischen Beitrag zur Verbesserung der Situation eines von schweren Schicksalsschlägen betroffenen Personenkreises leisten können», sagte Rektor Ernst Mohr anlässlich einer Medienkonferenz Anfang September, in der der neue Forschungszweig erstmals einer breiten Öffentlichkeit präsentiert wurde.

Die grundlagen- und praxisorientierte Forschung an der Universität St.Gallen soll einen bedeutenden Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Integration von Menschen mit Behinderung leisten. Dies wird dank einer persönlichen Zuwendung durch Herrn Joachim Schoss, Initiator und Präsident der Stiftung MyHandicap.com, möglich.

Mit dieser Kooperation werden folgende Ziele verfolgt:

Die Handicap-Forschung der HSG positioniert sich international durch relevante Forschungsergebnisse sowie deren Transfer in Lehre und Praxis.

Im Bereich der Handicap-Forschung werden nationale und internationale Netzwerke mit Forschern, Universitäten, Institutionen und Unternehmen aufgebaut.

Die Handicap-Forschung wird aus betriebs- und volkswirtschaftlicher Perspektive als Schwerpunkt an der HSG etabliert, und gleichzeitig werden die Chancen einer Zusammenarbeit mit der Stiftung MyHandicap.com genutzt.

Es wird ein Beitrag zur Weiterentwicklung der Handicap-Forschung in und über die Schweiz hinaus geleistet.

Langfristiges Engagement

Die Handicap-Forschung an der Universität St.Gallen gibt laut Prof. Dr. Michael Lechner für die Volkswirtschaftliche und Prof. Dr. Heike Bruch für die Betriebswirtschaftliche Abteilung unter anderem konkrete Antworten auf folgende Fragen: Wie sollen die Sozialversicherungs-

systeme aussehen, damit diese der Reintegration Behinderter wirklich dienlich sind, aber dennoch finanzierbar bleiben? Welche Anreize sind möglich, dass Arbeitgeber von sich aus Behinderte verstärkt einstellen wollen? Welche Faktoren können zur Steigerung der Leistung, aber auch zur Erhöhung der Zufriedenheit behinderter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beitragen? Wie kann die Unternehmenskultur, die Zusammensetzung von Teams oder die Arbeitszeit gestaltet werden, um den Bedürfnissen Behinderter gerecht zu werden?

Der Aufbau der Handicap-Forschung an der HSG erfolgt über die Finanzierung von je einer Nachwuchsprofessur in der Betriebswirtschaftlichen und Volkswirtschaftlichen Abteilung. Dies über eine Vertragsdauer von 14 Jahren. Die Einsetzung der Nachwuchsprofessuren erfolgt gestaffelt.

Universität Zürich (UZH)

Kurt Reimann

Personelles: In der Sitzung vom 11. Dezember 2007 nominierte der Senat zwei Prorektoren: für die Geistes- und Sozialwissenschaften Otfried Jarren, Ordinarius für Publizistikwissenschaft, als Nachfolger des designierten Rektors Andreas Fischer; für die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften Egon Franck, Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre, als Nachfolger des zurücktretenden Hans Caspar von der Crone. Der Universitätsrat ist diesen Nominationen gefolgt und hat die beiden Prorektoren mit Amtsantritt 1. August 2008 für zwei Jahre gewählt. Der Senat hat weiter Brigitte Tag, Ordinaria für Strafrecht und Strafprozessrecht, als Delegierte der Professorenschaft im Universitätsrat für zwei Jahre wiedergewählt. Als ihr Stellvertreter wurde Max Gassmann, Ordinarius für Veterinärphysiologie, wiedergewählt. Frau Prof. Tag wird als Vertreterin der UZH im Vorstand des VSH Einsitz nehmen.

Jubiläum: Die UZH bereitete sich intensiv auf die Feierlichkeiten zu ihrem 175-jährigen Bestehen vor. Diese stehen unter dem Motto «Wissen teilen» und dauern vom 29. Februar bis zum 29. April 2008. Neben der Eröffnungsfeier im «Schiffbau» des Schauspielhauses und einem grossen Geburtstagsfest findet ein zweitägiges Symposium statt. Die Fakultäten präsentieren sich der Öffentlichkeit in zahlreichen Sonderschauen und

Symposien. Wichtige Standorte sind der Sechseläutenplatz, wo ein «Parcours des Wissens» aufgebaut wird, sowie die Halle des Hauptbahnhofs und das Gelände des Universitätsstandortes Irchel. Bereits in Fahrt ist ein Sondertram auf der Linie 9, und zur Lektüre lädt die Jubiläumsschrift «Rückblenden, Einsichten, Ausblicke» ein. Aus Anlass des Jubiläums konnten Beiträge von Sponsoren für die Jubiläumsaktivitäten sowie für Projekte über das Jubiläum hinaus in zweistelliger Millionenhöhe eingeworben werden.

Doktorat: Für die dritte Stufe des Bologna-Systems wurde eine Musterpromotionsordnung erarbeitet. Sie dient den Fakultäten als nicht verpflichtende Leitlinie. Für die beiden koexistierenden Modelle des klassischen Doktorats und des strukturierten Doktoratsprogramms gilt gleichermassen, dass der Besuch gewisser Module obligatorisch wird, dass die Betreuungsverantwortung nicht bei einer einzigen Person liegt und dass eine periodische Rückmeldung obligatorisch ist.

Durchlässigkeit Fachhochschulen / Universitäten: Die Rektorenkonferenzen der schweizerischen Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen haben eine Vereinbarung über die Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen abgeschlossen. Sie setzt den Rahmen für die Zulassung von Fachhochschul-Bachelorabsolventen in universitäre Masterprogramme und umgekehrt. Zur konkreten Umsetzung in den Fächern der so genannten Konkordanzliste wurden mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften Gespräche auf Fachebene aufgenommen.

Ausweiskarte: Gemeinsam mit der ETH wurde ein neues Kartensystem mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten (insbesondere Bibliotheken und Sport) eingeführt. Die Karte dient sowohl den Studierenden als auch den Mitarbeitenden (inklusive externe Dozierende). Sie wird an speziellen Stationen periodisch validiert, wobei sie den jeweils aktuellen Gültigkeitsaufdruck erhält.

IT Governance: Forschung, Lehre und Administration einer Universität wären ohne eine leistungsfähige und zuverlässige Informatik-Infrastruktur undenkbar. Für neue Geräte, Programme und Leitungen, aber auch für den Unterhalt bestehender Einrichtungen müssen jährlich Millionen von Franken in Form von Investitionen, Betriebs- und Personalausgaben sowie Kapitalkosten ausgegeben werden. Um den Ressourceneinsatz bedarfsgerecht und transparent zu steuern, wurde eine völlig neue Struktur von

Gremien geschaffen, wobei konsequent zwischen der mehr technisch orientierten Anbieterseite und der (heterogenen) Nutzerseite unterschieden wird.

Nebenbeschäftigungen: Aufgrund einer internen Vernehmlassung schlug die Universitätsleitung eine klarere Regelung der Abgabepflicht auf Nebeneinkünften vor. Neu gilt einheitlich ein Abgabesatz von 10% bei einem Freibetrag von 50'000 Franken. Der Regierungsrat hat die Regelung gutgeheissen.

Reputationsanalyse: Der Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft, eine gemeinsame Einrichtung des Instituts für Publizistikwissenschaft und Medienforschung und des Soziologischen Instituts, ist auf Reputationsforschung spezialisiert. Er analysierte im Auftrag der Universitätsleitung über 22 Monate hinweg die Reputation der UZH in den schweizerischen Leitmedien. Dass die UZH zu den international renommierten Forschungsuniversitäten gehört, kommt in den Medien deutlich zum Ausdruck. Allerdings wird das Bild – stärker, als dies in Wirklichkeit der Fall ist – durch Erfolge der medizinischen Forschung geprägt. Auch haftet das gute Renommee hauptsächlich an den einzelnen Akteuren und weniger an der UZH als Gesamtorganisation. Die Gesamt-UZH wurde eher zum Medienthema, wenn es um organisatorische Fragen ging, wobei naturgemäss auch tatsächliche oder behauptete Probleme aufgegriffen wurden.

Deutsche Professorinnen und Professoren: Alle paar Jahre wird die Zahl der an der UZH (und anderen Universitäten der deutschen Schweiz) lehrenden Deutschen zum Medienthema. Im vergangenen Semester war es wieder einmal soweit. Auslöser war eine zufällige Häufung von Berufungen Deutscher in einer einzelnen Sitzung des Universitätsrats. Wie immer wiesen Universitätsleitung und Universitätsrat darauf hin, dass Professorinnen und Professoren international rekrutiert werden und dass die Nationalität, wenn überhaupt, ein untergeordnetes Kriterium darstellt. Bereits zuvor hatte die Universitätsleitung angekündigt, der Nachwuchsförderung, die als strategisches Ziel der UZH seit langem verankert ist und zu den selbstverständlichen Aufgaben einer forschungsstarken Universität gehört, noch vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken. Da so genannte Hausberufungen an der UZH (wie an vielen anderen Universitäten auch) nicht üblich sind, können sich Nachwuchsforschende nur über den Sprung an eine andere Universität weiterentwickeln (und

allenfalls später wieder nach Zürich zurückkehren). Dafür haben sie gute Chancen. Weil sie sich aber in alle Winde zerstreuen, wird ihr Erfolg wenig wahrgenommen. Um dem etwas entgegenzuwirken, sei an dieser Stelle die Zahl der Rufe genannt, die in den sechs Jahren von 2002 bis 2007 von auswärtigen (zum grössten Teil ausländischen) Universitäten jeweils an Nachwuchskräfte der UZH ergingen (bestandene Professorinnen und Professoren sind somit nicht mitgezählt): 41, 45, 42, 36, 47, 61.

Berufungen auf klinische Lehrstühle: Die Lehrstühle in den klinischen Fächern der Humanmedizin sind in der Regel an eine Klinikdirektion in einem Spital, zumeist dem Universitäts-

spital (USZ), gekoppelt. Während die Führung der Berufungsverfahren bei der von der Universitätsleitung eingesetzten Kommission bzw. der Universitätsleitung selbst liegt, hat das Spital naturgemäss ein Mitbestimmungsrecht. Mit der Verselbständigung des USZ wurde als neues oberstes Gremium der Spitalrat geschaffen, zudem kam es in der Spitaldirektion zu personellen Erweiterungen und auch Wechseln. Dies alles führte dazu, dass die Verfahrensabläufe (welche in den klinischen Fächern ohnehin komplex und zeitaufwendig sind) in einer Pilotphase an die neuen Gegebenheiten angepasst wurden.

Aspekte der Genderfrage an der Universität

Nachtrag zu Heft 3/4 (2007)

Emilie Kempin-Spyri (1853-1901) zum Gedenken

Brigitte Tag

Emilie Kempin-Spyri (1853-1901) war die erste Schweizerin, die Rechtswissenschaft studierte, promovierte und als erste Frau im deutschsprachigen Raum habilitierte. Auf ihrem wissenschaftlichen Weg, der hoffnungsfroh und mit Unterstützung ihres Ehemannes begann, erlebte sie oft herbe Ablehnung, Beschränkung, Zurückweisung. Die rechtlichen und tatsächlichen Grenzen, die ihr immer wieder unverhofft gezogen wurden, waren einschneidend. Ihr Lebenslauf zeigt, dass das, was wir heute Diskriminierung nennen, in der damaligen Zeit selbstverständlicher Teil der weiblichen Rolle in der Gesellschaft war. Dennoch gewann sie daraus in erstaunlicher Weise Stärke und Mut. Es scheint fast so, als ob sie jeden Felsblock, der ihren Weg abschnitt, erklommen hat und dadurch immer näher an ihr hochgestecktes Ziel kam, als Juristin und Hochschullehrerin arbeiten zu dürfen. Internationale Anstellungen und Erfolge krönten ihren Berufsweg. Und trotzdem hielt das Leben für sie kein Happy-End bereit. Ihre Hoffnungen und Bemühungen, in ihrem Heimatland die Anerkennung zu erfahren, die sie sich erträumte, wurden immer wieder zerstört. Die Pionierin der Gleichberechtigung starb im Alter von 48 Jahren in einer Nervenheilanstalt in Basel.

Die Universität Zürich erinnerte im Januar 2008 an ihre erste Privatdozentin mit einem Symposium «Späte Ehrung - heutiges Gedenken. Emilie

Kempin-Spyri (1853-1901)» und einem Denkmal von Pipilotti Rist. Jakob Tanner, Professor für Geschichte der Neuzeit, Beatrice Weber-Dürler, Professorin für Staats- und Verwaltungsrecht und zweite Privatdozentin an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich sowie Dr. Barbara Haering, bis vor kurzem Universitätsrätin an der Universität Zürich, haben sich in den nachfolgenden Beiträgen Gedanken zu Emilie Kempin-Spyri und dem Weg zur beruflichen bzw. sozialen Gleichberechtigung gemacht. Manche Ausführungen sind historischer Natur, etliche sind gegenwarts- und zukunftsbezogen. Auf dem langen Weg hat sich vieles verändert: Die Bundesverfassung hat gerade auch aufgrund des Engagements von Beatrice Weber-Dürler das Bekenntnis zur tatsächlichen Gleichstellung verankert, die Gesellschaft begrüsst aus sozialen, aber auch aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus die Gleichstellung. Und die These, es gäbe keine Frauen, die bereit sind, Verantwortung in Führungspositionen zu übernehmen, entpuppt sich zunehmend als Fehleinschätzung. Heute werden ca. 18 % der Professuren der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich von Frauen wahrgenommen, universitätsweit beträgt der Frauenanteil bei den Professuren ca. 15%. Die Bemühungen, das ehemals raue Klima in ein freundliches mit Vorbildcharakter zu verwandeln, tragen sichtbar Früchte.

Frauen unter Diskriminierungsdruck

Karrierebrüche im Leben von Emilie Kempin-Spyri

Jakob Tanner

Kunstwerke sind polysemische und multifunktionale Manifestationen. Aus der Sicht des Historikers drängt es sich auf, die überdimensionierte Chaiselongue der Künstlerin Pipilotti Rist als Requisit der Psychoanalyse zu deuten und sie mit einer „Wiederkehr des Verdrängten“ in Verbindung zu bringen. Die kleine Schweiz war und ist ein grosser Meister der kollektiven Amnesie. Was ihre eigene Geschichte betrifft, so vergisst sie sehr gern und verdrängt noch lieber. So konnte sie denn lange Zeit auf eine wunderbar begradigte Entwicklung zurückblicken. Diese Vergangenheitsverdrängung fördert eine *Feel-Good*-Schweiz, der das Sensorium für die Problemseiten der eigenen Vergangenheit, für die Verwerfungen, Verdrängungen und Fälschungen der Nationalgeschichte abhanden gekommen ist.

Der kritische Impetus neuer Forschungsansätze – der Sozial-, der Kultur- und nicht zuletzt der Geschlechtergeschichte – hat in den vergangenen Jahrzehnten ein anderes, ein widersprüchlicheres Geschichtsbild nahe gelegt. Die Schweiz wird nicht mehr als eine Antwort auf alle möglichen Problemlagen des modernen Lebens und der internationalen Politik, sondern eher als eine Frage betrachtet. Anstatt eine Tradition der nationalen Identität im Zeichen eines „Sonderfalls“ zu verteidigen, die es schon früher nie gegeben hat, wird versucht, die Erfindung schweizerischer Identitätskonzepte und die damit einhergehende Konstruktion von nationalen Souveränitätsvorstellungen zu untersuchen. Aus der Sicht des Historikers drängt es sich also auf, in der blausilbernen Couch ein Symbol für die Notwendigkeit einer nationalen Anamnese zu sehen. Das heisst: virtuelles Liegen auf dieser Chaiselongue könnte uns in die Lage versetzen, eine vielfach gebrochene und konfliktdurchwirkte Geschichte der *Confoederatio Helvetica* aufscheinen zu lassen, in deren Katarakten nicht wenige Menschen, unter ihnen auch Emilie Kempin-Spyri, verschwunden sind.

Emilie Kempin-Spyri lebte von 1853 bis 1901 und hatte in den 1880er Jahren ungefähr das gefordert, was erst hundert Jahre später, 1981, mit dem „Gleichstellungsartikel“ (Absatz 2 von Artikel 4 der bis 1999 gültigen Bundesverfassung von

1874) beschlossen wurde, der mit dem denkwürdigen Satz beginnt: „Mann und Frau sind gleichberechtigt.“ Auch wenn die aus dieser Gleichberechtigung abgeleitete Gleichstellung der Geschlechter heute keineswegs in allen Bereichen der Gesellschaft verwirklicht ist, gilt es doch zu sehen, dass dies ein wichtiger Durchbruch war. Denn der bürgerlichen Gesellschaft, wie sie sich im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert formierte, galt Gleichstellung nämlich nicht einmal als Grundsatz. In Punkto Frauendiskriminierung war die *Confoederatio Helvetica* ein ganz durchschnittlicher Fall; und noch bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein hat sich die Männerdemokratie dann als besonders resistent gegen elementare politische Frauenrechte erwiesen.

Zu Zeiten Emilie Kempin-Spyris waren Frauen qua „weiblicher Sonderanthropologie“ aus der Politik und den meisten „höheren“ Berufsfeldern ausgeschlossen und auch sonst wurde ein ganzes Dispositiv von Diskriminierungen gegen sie errichtet. Dies äusserte sich in einem substanziellen Lohngefälle – Frauen verdienten so wenig, woraus folgt, dass Männer grosse Konkurrenzängste vor ihnen haben mussten. Dies zeigte sich aber auch in gut gemeinten Sonderbestimmungen, z.B. im Eidgenössischen Fabrikgesetz, das Frauen die Nacht- und Sonntagsarbeit verbot. Mit der „Ausklammerung“ aus der Politik, aus vielen Institutionen und Berufsfeldern korrespondierte – wie die Historikerin Beatrix Mesmer formuliert – eine „Einklammerung“ der Frauen in eine paternalistische Familienkonzeption. Erst 1881 war auf Bundesebene die obligatorische Geschlechtervormundschaft, also die männliche „Bevogtung“ für alle ledigen, verwitweten oder geschiedenen Frauen aufgehoben worden; in der Ehe blieb aber der Mann nach wie vor der Vormund und Professor Eugen Huber, der „Vater“ des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, das international grosse Beachtung fand, erklärte 1893, in der Entwurfsphase dieser grossen Rechtsvereinheitlichung, dies sei auch richtig so. Denn erstens seien Frauen ganz allgemein „geschäftsunfähig“ und zweitens könnten sie „Recht nicht

unterscheiden von Unrecht“. Da bedurfte es dann eines starken männlichen Oberhauptes, das nicht nur für Recht und Ordnung sorgte, sondern auch die familiären Ressourcen dominierte, insbesondere die Vermögensverhältnisse. Derselben Grundhaltung waren alle wichtigen Institutionen verpflichtet. Auch die *Alma mater*. Die Leitung der Universität Zürich argumentierte damals, Dozentinnen seien eine „Demütigung“ für die Studentenschaft und überhaupt könnten Frauen eine universitäre Lehrtätigkeit deswegen nicht wahrnehmen, weil sie dann ja solch heikle Gebiete wie bei den Juristen das Sexualstrafrecht oder bei den Medizinerinnen die Anatomie unterrichten müssten, was wohl doch als flagranter Verstoss gegen die „weibliche Würde“ gewertet werden müsste.

Diese Hindernisse und Schwierigkeiten, mit denen sich Frauen damals konfrontiert sahen, sind Ausdruck einer gesellschaftlichen Geschlechterordnung. Sie können (und müssen) auf einer normativen und strukturellen Ebene analysiert werden. Ihre Auswirkungen lassen sich jedoch am Eindrücklichsten anhand des Einzelfalles aufzeigen. Geschichtswissenschaft hat deshalb immer auch die Aufgabe, allgemeine Aussagen zu exemplifizieren. An Emilie Kempin-Spyri, welche die Grenzen des für Frauen Erlaubten und Machbaren in rechtlicher und beruflicher Hinsicht verändern wollte, wurde im ausgehenden 19. Jahrhundert ein eindrucksvolles Exempel sozialer und rechtlicher Diskriminierung statuiert. Blicken wir genau hin, legen wir uns virtuell auf die Chaiselongue der Geschichte und lassen wir uns in den „fremden Kontinent der Vergangenheit“ befördern, so können wir uns, im Jahre 1880, eine junge, attraktive 27-jährige Frau vorstellen. Sie ist verheiratet und hat drei Kinder, ein Mädchen, einen Buben, dann nochmals ein Mädchen. Ihr Mann, der Theologe Walter Kempin, steuert allerdings gerade auf eine berufliche Krise zu, die rasch akut werden, und die er zeitlebens nicht mehr überwinden wird. Er verliert seine Pfarrerstelle in der Enge bei Zürich, wohl auch deswegen, weil er die tonangebenden Zürcher Freisinnigen mit seinen radikalen sozialpolitischen Ideen verschreckt und weil er nicht zum strammen Mainstream-Typus von Mann gehört, sondern die emanzipatorischen Ideen seiner Frau unterstützt, was im sozialmoralischen Milieu der Limmatstadt durchaus rufschädigend ist. Deshalb wird er, als die beiden 1875 heiraten, von Emilies Vater, dem Manchester-Liberalen Johann-Ludwig Spyri als „schlechte Partie“ für seine Lieblingstochter schroff abgelehnt. Patriarch Spyri hält vom künftigen Schwiegersohn so

wenig, dass er seiner Tochter, die ihren eigenen Weg geht, die Mitgift verweigert. Das aufwärtsorientierte Selbstbewusstsein des Vaters hängt wohl auch damit zusammen, dass er im selben Jahr, in dem Emilie heiratet, gerade nochmals einen beachtlichen beruflichen Karrieresprung macht; er wechselt nämlich vom Pfarramt auf den Posten eines Chefstatistikers der Nordostbahn und kann dort seine in langer gemeinnütziger Arbeit erworbenen statistischen Kenntnisse umsetzen. 1880, als es in der Familie Kempin-Spyri zu kriseln beginnt, prosperiert das verwandtschaftliche Umfeld insgesamt. Johanna Spyri, die berühmte Tante von Emilie Kempin-Spyri, veröffentlicht gerade die legendären Heidi-Geschichten – ab 1881 unter ihrem eigenen Namen – und steigt zu einer literarisch-bildungsbürgerlichen Instanz nicht nur Zürichs, sondern der ganzen Schweiz auf. Dieser Erfolg rundherum erhöht den Druck auf die Kempin-Spyri-Familie, die sich im ökonomischen Sinkflug befindet.

Emilie Kempin-Spyri realisiert in dieser Situation, dass für eine Frau wenige Optionen offen sind, wenn das traditionelle Modell einer gutbürgerlichen Familie mit einer tüchtig-treuen Ehefrau und einem beruflich etablierten *Pater familias* nicht mehr funktioniert. Die junge Mutter muss einsehen, dass sie von ihrem Bildungshintergrund her massiv handicapiert ist. Sie sucht angesichts dieser Unbill nach Mitteln und Wegen, die sich abzeichnende soziale Misere abzuwenden. Der familiäre Hintergrund und ihre intellektuellen Ambitionen verbieten es ihr, sich irgendeiner dienenden Betätigung zuzuwenden. Sie will lernen, sich ausbilden, sie beginnt sich – tatkräftig unterstützt von ihrem Mann – auf die Matura vorzubereiten und besucht an der Universität, wo Frauen damals noch als Raritäten gelten, probenhalber Vorlesungen. Sie entscheidet sich für Jurisprudenz und beginnt an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät zu studieren.

Das Studium verläuft vergleichsweise problemlos. Doch das, was sie mit dieser ganzen persönlichen Bildungsanstrengung anstrebt, nämlich den Einstieg in das Berufsleben, mit dem Ziel, die Familie zu ernähren, erweist sich als schwierig, als demoralisierend, als ein Parcours von Schikanen. Der angestrebte Zugang zum Anwaltsberuf bleibt Emilie Kempin-Spyri – höchst richterlich sanktioniert – verwehrt. Das von ihr umgehend angerufene Bundesgericht weist die These, der Gleichheitsartikel 4 der Schweizerischen Bundesverfassung beziehe sich nicht nur auf Männer, sondern auf Menschen, also auch

auf Frauen, zurück. Eine solche Vorstellung sei, so das Schweizerische Bundesgericht wörtlich, „ebenso neu wie kühn“ und könne nicht akzeptiert werden. Für Emilie Kempin-Spyri kommt das nicht nur einer brutalen Zerstörung beruflicher Träume gleich; nun droht ihr und der Familie materielles Prekariat. So arbeitet sie umso entschlossener auf den Abschluss des Studiums hin, mit der Hoffnung, es würde ihr gelingen, sich eine Position an der Universität aufzubauen.

1887 reicht sie die Dissertation zum Thema „Die Haftung des Verkäufers einer fremden Sache“ ein, die sie ihren beiden Lehrern und Förderern, den Professoren Albert Schneider und Aloyis von Orelli widmet. Dass sie sich dieses, wie sie selber empfindet, weniger anspruchsvolle Thema ausgesucht hat, hängt mit dem notorischen Zwang zur Ökonomisierung zusammen, dem sie und ihre Familie ausgesetzt ist. Die Arbeit ist indessen durchaus bemerkenswert, zitiert die Autorin doch etwa das Bulletin der „Geographical American Society“, um auf einige Züge der Rechtskultur daghestanischer Bergbauern hinzuweisen, dies in der Absicht, die Universalität von Rechtsnormen herauszuarbeiten und die Jurisprudenz auf „kosmopolitischen Begriffen“ aufzubauen.

Diese egalitäre Konzeption verband Emilie Kempin-Spyri mit interessanten Überlegungen zur Geschlechterdifferenz und zur Familienökonomie. Später, 1894, wird sie in einer Schrift zur Stellung der „Ehefrau im künftigen Privatrecht der Schweiz“ – ihre eigene Erfahrung reflektierend – schreiben: „Ich halte das Princip, die Ehefrau in ihrer Handlungsfähigkeit zu beschränken, für das allerverkehrteste, das es geben kann. Es erhält die Frau in einer für ihre ganze Entwicklung schädlichen Unselbständigkeit.“ (...) Mit Blick auf den Fall, dass aufgrund von Tod oder Versagen der „Familienernährer“ ausfällt, fügt sie bei: „Da redet man über die Schwachheit der Frau, die (...) ihr Leben lang vom Willen ihres Mannes abhängig (ist), (...) und da wundert man sich, dass solche Frauen oft ganz unfähig sind, die Sorge für die Weiterexistenz der Familie auf ihre Schultern zu nehmen.“

So wichtig Kempin-Spyri das Anliegen für die Aufwertung der Frau in der ehelichen Gemeinschaft erachtete, so sehr war ihr aber auch daran gelegen, die Haus- und Familienarbeit angemessen zu bewerten. So schreibt sie: „Es ist ein grosser Irrtum, wenn man die haushälterische Tätigkeit der Frau nichts wertet. Sie ist unter Umständen gewinnbringender, als wenn die Frau ausser dem Hause arbeitet, jedenfalls ist sie der

produktiven Arbeit der Berufs- und Handelsfrau äquivalent.“ Aus ihrer Sicht geht es darum, dass die Frau selber entscheiden kann, was sie vorzieht, was ihren „Anlagen und Neigungen (...) besser entspricht“. Indem sie forderte, es sei auch ein „ökonomischer Wertmesser“ an die „Arbeit der Hausfrau“ zu legen, vertritt sie im ausgehenden 19. Jahrhundert eine Position, die heute wiederum politisch kontrovers behandelt wird. Sie wäre – so liesse sich mit Bezug auf eine aktuelle Diskussion feststellen – durchaus erfreut gewesen, dass die Frankfurter Sprachexperten das despektierliche Schlagwort „Herdprämie“ zum „Unwort des Jahres 2007“ erklärt und damit klar gemacht haben, dass die Diskussion um eine angemessene finanzielle Remuneration von Haushaltsarbeit und Kindererziehung noch längst nicht vom Tisch ist.

Doch zurück an die Universität und ins Jahr 1887. Die wenigen Frauen, die sich den Zugang zum Studium erkämpft hatten, mussten sich dafür rechtfertigen. Und es galt, wie gesagt, als Selbstverständlichkeit, dass nur Männer unterrichten konnten. Als Emilie Kempin-Spyri den Antrag auf Erteilung einer Privatdozentur für römisches Recht stellte – bei dessen Annahme sie die erste Privatdozentin an der Universität geworden wäre – sagten zwar einige für damalige Verhältnisse fortschrittlich eingestellte Rechtsprofessoren, dass „dem kein gesetzliches Hindernis entgegensteht“. Man hatte ja bei der Formulierung eines entsprechenden Gesetzesparagraphen in keiner Weise an Frauen gedacht, so dass man nun auch argumentieren konnte, diese seien nicht vorsätzlich oder prinzipiell ausgeschlossen. Die Mehrheit vermochte sich aber mit einer solchen flexiblen Interpretation nicht anzufreunden. In der juristischen Fakultät hielt es ein Professor „nicht für wünschenswert, dass eine Frau Privatdocent werde“. Die Frage wurde ins Grundsätzliche gewendet und an den Senat der Universität weitergereicht. Der zuständige Senatsausschuss gelangte umstandslos zum doppelten Schluss, so das Protokoll vom 29. Mai 1888: „1. lasse das Unterrichtsgesetz weibliche Privatdozenten nicht zu und dieselbe sei 2. nicht opportun.“ Emilie Kempin-Spyri hatte also keine Chance. Was konnte sie tun unter diesen Umständen?

Der amerikanische Ökonom Albert O. Hirschman hat vorgeschlagen, das Verhalten von Akteuren in schwierigen Situationen oder gegenüber Einrichtungen, mit denen sie nicht zufrieden sind, mittels der drei Kategorien *Exit*, *Voice* und *Loyalty* zu analysieren. Hirschman bezog diese begriffliche Trias vor allem auf Organisationen,

die sich – bezogen auf die Bedürfnisse ihrer Mitglieder – im Niedergang befinden. Sie lässt sich aber auch auf Konstellationen beziehen, in denen neue Akteuregruppen mit neuen Ansprüchen und Forderungen auftauchen, wie dies bei der Frauenbewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts der Fall war. *Exit* bedeutet den Austritt aus einer Organisation oder das Sich-Abwenden von einer Gruppe, was in vielen Fällen gleichbedeutend mit Emigration ist. Oft erwies sich das als die einfachste Option. Die Schweiz war während Jahrhunderten und noch bis kurz vor 1900 ein Auswanderungsland. Viele, die hierzulande keine Zukunft mehr für sich sahen, beschlossen wegzugehen. Loyalitätsgefühle können allerdings ein stummes „Türmen“ schwierig machen. In diesen Fällen ist dann *Voice*, d.h. explizite Kritik, verbaler oder praktischer Protest, angesagt.

Im Falle von Emilie Kempin-Spyri lässt sich – unter Verwendung dieser Kategorien – sagen, dass sie eine starke Loyalität gegenüber ihrer Familie empfand und dass sie auch dem Staatswesen, in dem sie lebte, verpflichtet war. Sie erkannte, dass es im Schweizerischen Bundesstaat institutionelle Kanäle und Ausdrucksmöglichkeiten für Änderungsbegehren, für *Voice* gibt. Die staatsrechtliche Beschwerde an das Bundesgericht, mit der Kempin-Spyri auf die Weigerung, sie als Anwältin zu akzeptieren, regierte, zeugt durchaus von einer Identifikation mit einer Verfassung, welche die grundsätzliche Gleichheit der Bürger stipuliert. Wenn man mit grosser Selbstverständlichkeit Geschäfts- und Handelsfrauen besteuerte, wieso sollte man dann Frauen in bestimmten andern Bereichen willkürlich diskriminieren können? Emilie Kempin-Spyri war der logisch leicht nachvollziehbaren Meinung, dass „Bürger“ nach dem Inklusionsprinzip auch die Frauen meinen müsste. Die Behörden legten sich allerdings auf eine malevolente, nämlich den Ausschluss der Frauen und damit deren Diskriminierung verstetigende Interpretation fest.

Als sich dieses Spiel dann 1888 an der Universität beim abermals erfolglosen Versuch, einen Privatdozentenstatus zu erhalten, wiederholte, stellte Emilie Kempin-Spyri auf eine *Exit*-Strategie um. Noch im selben Jahr wanderte die ganze Familie nach New York aus; in den USA schien am besten Gewähr zu bestehen, dass die Kempins intellektuell und finanziell auf einen „grünen Zweig“ kommen könnten. Nun war Amerika zu dieser Zeit alles andere als ein Dorado für Frauenrechte, das Land der „ungeahnten Möglichkeiten“ bot allerdings initiativen

und innovativen Persönlichkeiten, als die man Emily Kempin-Spyri charakterisieren kann, erhebliche Spielräume. Es ist erstaunlich, wie erfolgreich unsere Protagonistin, die ihren Vornamen, Emilie, nun mit „i grec“ schrieb, diese zu nutzen verstand, wie sie binnen kurzem Hürden, die einer professionellen Karriere als Juristin entgegenstanden, überwand und sich in einem institutionellen Setting etablierte, das ihr glänzende Perspektiven öffnete. Nach kurzer Zeit hatte sie eine Anstellung an der juristischen Fakultät der Universität der Stadt New York, sie unterrichtete als Dozentin für gerichtliche Medizin am „New York Medical College & Hospital for Women“ und war „Secretary of the New York Medico-Legal Society“ und gründete eine eigene „Law School“.

Die Tatsache, dass es der Rest der Familie, vor allem ihr des Englischen weniger mächtige Mann, in der „Neuen Welt“ nicht aushielt und gleichsam geschlagen nach Zürich zurückkehrte, stürzte Emilie Kempin-Spyri in einen schweren Loyalitätskonflikt – sie beschloss, ebenfalls zurückzukehren und, wieder in Zürich angekommen, erneut auf *Voice* zu setzen. Das war nicht unrealistisch. Denn dass sie mit ihren „neuen und kühnen“ Ideen ein sehr realistisches juristisches *Trendsetting* betrieb, zeigte sich etwa daran, dass ihr zweiter Anlauf für eine Privatdozentur im Jahre 1891 Erfolg hatte. Die Universität wollte sie zwar auch bei diesem zweiten Anlauf zu Fall bringen, aber der für die Entscheidung zuständige Zürcher Erziehungsrat fand nun, dass das Gesetz Frauen nicht zwingend ausschliesse und entschied gegen die ablehnende Universitätsbegründung und für die Antragstellerin. Und wäre Emilie Kempin-Spyri auf ihrer Karrierebahn geblieben, so hätte sie 1898, im Alter von 45 Jahren, auch eine Anwaltspraxis eröffnen können. Denn in diesem Jahr stimmte das Zürcher Stimmvolk einer entsprechenden Gesetzesänderung zu; 1923 wurde die Diskriminierung von Frauen im Anwaltsberuf dann auch auf eidgenössischer Ebene aufgehoben.

Für Emilie Kempin-Spyri blieb es vorerst beim Durchbruch an der Universität. Die Stellung einer Privatdozentin war allerdings mit Problemen behaftet. Die Studenten hatten massive psychologische Probleme; der Unterricht einer Frau überforderte sie. Das paternalistische Geschlechtermodell, auf das sie kulturell konditioniert wurden, machte eine weibliche Dozentin zur Anomalie, wenn nicht zu etwas Bedrohlichem. Darauf reagierte man mit pöbelhaftem oder zumindest „ungalanter Verhalten“ (wie es in den

Quellen heisst). Emilie Kempin-Spyri kompensierte diese Schwierigkeiten durch andere, prospektive Aktivitäten: sie trat als erste Frau dem „Schweizerischen Juristenverein“ bei, sie gründete eine „Rechtsschule für Laien“, trat in den Vorstand des „Frauenrechtsschutzvereins“ ein, sie war an einer Zeitschrift für „Frauenrecht“ beteiligt, sie dozierte an der höheren Töchterschule. Und sie kämpfte 1891 weiter für ihre Zulassung als Anwältin. Auf diesem Terrain unterlag sie auch dieses Mal.

So besann sie sich wieder auf *Exit*. Sie wanderte ein zweites Mal aus, diesmal nach Berlin. Damit verbunden war auch die Trennung von ihrem Mann. Sie publizierte erfolgreich juristische Fachliteratur und wurde zur offiziellen Deutsch-Englisch-Übersetzerin für sämtliche Gerichte der Mark Brandenburg ernannt. Sie partizipierte im September 1896 am Internationalen Frauenkongress in Berlin und im Juni 1897 am „Evangelisch-socialen Kongress“ in Leipzig. Kurz: Sie baute sich auch hier mit Umsicht und Energie eine Berufskarriere auf. Doch es zeigten sich neue, unerwartete Schwierigkeiten. Emilie Kempin-Spyri vertrat eine frauenrechtliche Position, die sie – gerade weil es ihr nicht nur um Politik, sondern um Frauenarbeit, um die Berufswelt und den Arbeitsmarkt, ging – in Widerspruch zu führenden Vertreterinnen der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung brachte. Es mochte damals scheinen, Emilie Kempin-Spyri hätte wichtige Forderungen der Frauenemanzipation aufgegeben; heute erkennen wir besser, dass sie sich – wenn auch mit andern Akzenten – doch mit Fragen befasste, die erst viel später, nämlich von der neuen Frauenbewegung der 1970er Jahre, wieder in die politische Arena eingebracht worden sind.

Dass sie im Herbst 1897, 44-jährig, psychisch zusammenbrach und nach zwei Jahren Aufenthalt in einem Berliner Sanatorium 1899 nach Basel in die „Friedmatt“ überführt wurde, wo sie nochmals zwei Jahre lebte, hat aber wohl mehr mit ihrem eigenen, persönlichen Leben als mit der schieren Wucht der „gesellschaftlichen Verhältnisse“ zu tun. Diese Verhältnisse waren allerdings so angelegt, dass es für Frauen, die einmal in ihrer Situation waren, kaum ein Entrinnen mehr gab. Emilie Kempin-Spyri will aus der Anstalt, in die sie sich nun eingesperrt sieht, wieder heraus. 1899 bewirbt sie sich mit einem Brief bei einem Basler Pfarrer als Dienstmagd. Ihre Lagebeurteilung ist bemerkenswert klar. Ihr Name sei nun, so schreibt sie, „mit dem Odium der Geisteskrankheit behaftet“, was ihr die Rück-

kehr in das juristische Berufsfeld verunmögliche. So wolle sie sich nun wieder auf „die Künste & Fertigkeiten einer Hausfrau“ verlegen. „Meine Ansprüche sind von Hause & Natur aus sehr bescheiden, ausserdem aber sehe ich meine mittel- & existenzlose Lage zu klar ein, als dass ich mich nicht Allem willig & fröhlichen Herzens unterziehen würde“, schreibt sie ans Pfarrhaus.

Hier zeigt sich nochmals eine individuell-unternehmerische Haltung, eine schonungslose Einsicht in die eigene Lage und die Gewalt gesellschaftlicher Verhältnisse, die Emilie Kempin-Spyris Leben insgesamt prägten und die von merkwürdiger Aktualität sind. Heute spricht man von „neoliberaler Subjektivität“. Nicht wenige glauben, in diesem unverwüstlichen Willen zur Selbstbehauptung ein Gegenprinzip zur egalitären Forderungslogik linker Sozialreformer zu sehen. Das wäre jedoch eine kurzsichtige Deutung. Emilie Kempin-Spyri war vielmehr eine Frau, die das aufklärerische Versprechen der bürgerlichen Gesellschaft nach Gleichheit und Anerkennung einforderte und dabei aktiv an der Gestaltung der sozialen Verhältnisse mitwirkte. Sie war eine Aktivbürgerin, die den Tatbestand, dass man ihr die Rechte einer solchen nicht zugestehen wollte, skandalisierte. Sie hat juristisches Geschütz gegen Männerbastionen aufgeföhren, sie wollte das *Ancien Regime* des Patriarchats zu Fall bringen. Sie hat sich mit Autoritäten ihrer Zeit angelegt, sie hat gegen Diskriminierung gekämpft, sie wollte andere Zustände. Das hat ihr ein Profil gegeben. Im Spannungsfeld zwischen ihren Aspirationen und dem Wenigen, was man ihr als Frau effektiv zugestand, hat sie sich zu einer ausserordentlichen Persönlichkeit entwickelt.

Sie entspricht aber nicht dem Typus einer Ich-AG, die sich permanent fit hält für alle möglichen *Investments* und *Options*. Sie war durchaus pragmatisch, flexibel, erfinderisch, innovativ. Sie verfügte gleichzeitig über starke Normen, sie war eine innengeleitete Persönlichkeit, eine geradezu idealtypische Bürgerin aus der Welt des 19. Jahrhunderts. Das soll uns nicht daran hindern, in ihr eine Vorkämpferin für Frauenrechte zu sehen, denn solche Zusammenhänge erschliessen sich immer erst *post festum*. So kommen leider auch solche Ehrungen immer zu spät. Das Chaiselongue-Denkmal könnte allerdings, über die angesprochene Funktion als Vehikel für die Arbeit am gesellschaftlich Unbewussten hinaus, auch eine Zwischenplattform darstellen für den Weg von Emilie Kempin-Spyri zu einer posthum verliehenen Professur, die sie, hätte man ihr den

Eintritt in die akademische Berufslaufbahn nicht
vorsätzlich verwehrt, doch mit grosser Wahr-
scheinlichkeit zu Lebzeiten bekommen hätte.

Literaturhinweise:

Berneike, Christiane: Die Frauenfrage ist Rechtsfrage. Die Juristinnen der deutschen Frauenbewegung und das Bürgerliche Gesetzbuch, Baden-Baden: Nomos 1995

Delfosse, Marianne: Emilie Kempin-Spyri (1853-1901). Das Wirken der ersten Schweizer Juristin unter besonderer Berücksichtigung ihres Einsatzes für die Rechte der Frau im schweizerischen und deutschen Privatrecht, Zürich: Schulthess Polygraphischer Verlag 1994

Hasler, Eveline: Die Wachsflügelfrau. Geschichte der Emily Kempin-Spyri, Zürich, Frauenfeld: Nagel & Kimche 1991

Joris, Elisabeth, Heidi Witzig: Frauengeschichte(n). Dokumente aus zwei Jahrhunderten zur Situation der Frauen in der Schweiz, Zürich: Chronos 1986

Lehmann, Jens: Die Ehefrau und ihr Vermögen: Reformforderungen der bürgerlichen Frauenbewegung zum Ehegüterrecht um 1900, Köln: Böhlau 2006

Mesmer, Beatrix: Ausgeklammert - eingeklammert: Frauen und Frauenorganisationen in der Schweiz des 19. Jahrhunderts, Basel: Helbing & Lichtenhahn 1988

Schweizerischer Verband der Akademikerinnen (Hg.): Das Frauenstudium, Zürich 1929

Verein Feministische Wissenschaft Schweiz (Hg.): Ebenso neu als kühn. 120 Jahre Frauenstudium an der Universität Zürich, Zürich: eFeF-Verlag Zürich (Redaktion Katharina Belser, Gabi Einsele, Rachel Gratzfeld, Regula Schnurrenberger)

Wecker, Regina: "Staatsbürgerrechte, Mutterschaft und Grundrechte", in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 46(1996), S. 383-410

Woodtli, Susanna: Gleichberechtigung. Der Kampf um die politischen Rechte der Frau in der Schweiz, Frauenfeld: Huber 1975